

ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT



TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung

alle 14 Tage
brandaktuell

MINUS 48 NUMMER

(10/91)

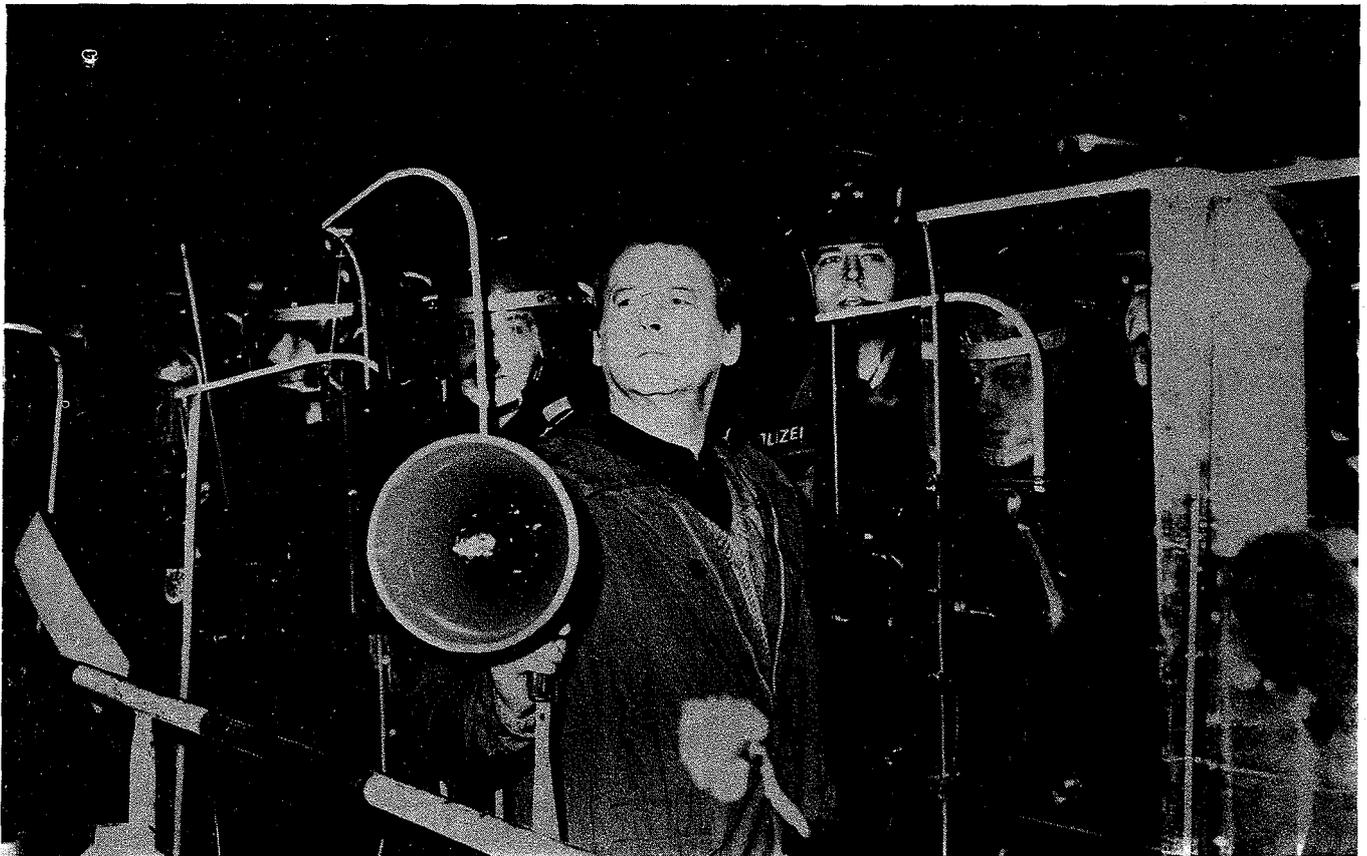
22. MAI 1991

PREIS: öS 10,—

Der letzte Schliff

Noch vor dem Sommer dürfen sich die Ordnungshüter über ein neues Polizeigesetz freuen, wenn nicht doch noch etwas schiefgeht. Der jetzt vorliegende Entwurf ist nicht nur eine Zusammenfassung so ziemlich aller Bedenklichkeiten, die die österreichische Polizei in den letzten Jahrhunderten so produziert hat, er geht noch weit darüber hinaus!

Die Entwicklung der Polizei und des Polizeirechts und der neue Gesetzesentwurf auf den Seiten 2-6.



Weiters noch:

- Volkszählungsschweinereien sowie die schönsten Sabotageaktionen
- Die EXPO ist tot – Kampf der Nachnutzung
- Springen ohne Gummiseil – ein Abend mit dem Kärntner Landeshauptmann u.v.a.



Absolutismus von der Monarchie bis Löschnak

Wir wollen ja nicht als PessimistInnen gelten, aber:

Wenn nicht wieder alles schiefeht, darf sich die Polizei vielleicht noch vor dem Sommer über ein neues Polizeigesetz freuen. Der Gesetzesentwurf, der jetzt vorliegt, ist nicht nur eine Zusammenfassung so ziemlich aller Bedenklichkeiten, die die österreichische Polizei in den letzten Jahrzehnten so produziert hat, er geht noch weit darüber hinaus! Wir haben daher versucht, die Entwicklung der Polizei und des Polizeirechts durch die Jahrhunderte zu verfolgen und die wichtigsten Inhalte des Noch-Nicht-Ganz-Gesetzes zu beschreiben. Ganz so lustig ist's leider nicht...

(TATblatt-Wien)

Das Wort Polizei leitet sich vom griechischen "politea" ab, welches soviel wie "die gesamte Staatsverwaltung" bedeutet. Fest verbunden ist der Begriff Polizei mit dem fürstlichen "Imperium", dem Recht des mittelalterlichen Fürsten, alle Verwaltungsbereiche so zu regeln, wie ihm das gerade passte.

Als Polizei wurde daher im Mittelalter und der frühen Neuzeit nicht allein die Jagd nach "VerbrecherInnen" oder die Bekämpfung von Aufständen bezeichnet, sondern jede Handlung, mit der der Fürst in das Leben 'seiner' UntertanInnen eingriff: Die Polizei regelte das Markt- und Gewerbe, überwachte das Gewerbe, hob die Steuern ein usw....

Stadt- und Rumorwachen

Beliebt war die "Polizey" auch damals schon nicht. Ursprünglich waren die Bürgersfamilien verpflichtet gewesen, eine Person für die Polizeiarbeit abzustellen. Da aber keiner der hohen Herren Stadtverantwortlichen Lust hatte, die Drecksarbeit selbst zu erledigen, setzte der Stadtrat eine Söldnertruppe ein, die zu Beginn des 16. Jahrhunderts vor allem mit Alkoholexzessen und Terror gegen die Bevölkerung (nächtliche Plünderungen, Überfälle, Vergewaltigungen) in Erscheinung trat. Zur Stadtwache ging damals, wer in der städtischen Gesellschaft ohnehin keinen Platz hatte, weil er keiner Bürgersfamilie entstammte oder keiner Handwerkszunft angehörte und daher praktisch ausgestossen war.

Diese "unsicheren Verhältnisse" nützte der Kaiser Mitte des 17. Jahrhunderts aus, um mit der Aufstellung einer kaiserlichen Ordnungstruppe (der Rumorwache) den Selbstverwaltungsgelüsten der Wiener Bürgersfamilien endlich einen Riegel vorzusetzen. Eine Verbesserung der Lebenssituation der WienerInnen trat insofern ein, als die beiden Wachkörper vornehmlich damit

beschäftigt waren, sich nun gegenseitig, und nicht mehr die StadtbewohnerInnen, zu überfallen.

Absolutistische "Wohlfahrtspolizey"

Wurden im Mittelalter im wesentlichen nur jene Bereiche des öffentlichen Lebens geregelt, die gerade zufällig im Interesse des Fürsten lagen (weil sie ihm z.B. Geld brachten), änderte sich die Vorstellung von der Verwaltung des Staates bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ganz erheblich. Die absolutistischen HerrscherInnen (Maria Theresia, Joseph II.,...) hatten sich die Regelung

kommenen Bürger. Einerseits war es ja praktische Aufgabe der Polizei, Macht und Reichtum des Herrschers zu vermehren, und das konnte ja wohl nur auf Kosten der UntertanInnen gehen; andererseits waren die Monarchen auch gezwungen, Aufständen der BäuerInnen und ArbeiterInnen vorzubeugen und daher so etwas wie eine "Sozialgesetzgebung" zu praktizieren, die mit Polizei durchgesetzt werden mußte und den Bürgern enorm gegen den Strich ging¹⁾.

Der Kampf des Bürgertums um einen Rechtsstaat²⁾ und eine Verfassung war daher ganz besonders ein Kampf gegen die "allgemeine Wohlfahrtspolizey". Dieser

Kampf — vor allem die französische Revolution — führte in Preussen zum Erlass des Allgemeinen Landrechts von 1794 (ALR), in dem zum ersten Mal, die Aufgaben der Polizei beschränkt wurden: Fortan oblag der preussischen Polizei nicht mehr alles, sondern 'nur mehr' "die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, und zur Abwendung der dem Publico (der Öffentlichkeit; Anmerkung TATblatt), oder einzelnen Mitgliedern desselben, bevorstehenden Gefahr zu treffen"; also nicht mehr die "Beförderung des allgemeinen Wohls"

(bzw. dessen, was die Monarchen darunter verstanden), sondern die Bekämpfung bzw. Vorbeugung von Gefahren.

Die Definition des Wortes Gefahr war natürlich Sache der Herrschenden. Und so wurde so ziemlich alles als Gefahr angesehen, was sich irgendwie bewegte oder bewegt werden konnte: Eine Gefahr war jeder 'Angriff' auf die Rechtsordnung, jeder Verstoß gegen Strafgesetze. Gefahr konnte aber auch von Feuer, 'Gesindel' oder von der Aufführung eines kritischen Theaterstücks ausgehen, und für all das war die Polizei zuständig.

Die 'Einschränkung' des Polizeibegriffs durch das ALR von 1794 war also eine sehr



11 Einsatz von Militär in Mariahilf am 14. März 1848

jeglicher Lebensäußerung zum Ziel gesetzt. Die Polizei hatte sich nicht mehr nur um genau festgelegte Dinge zu kümmern, sondern um die "Erhaltung und Beförderung des allgemeinen Wohls", also schlicht um alles; von der Markt- und Gewerbeüberwachung angefangen über die Einhaltung der 'guten Sitten' bis zur Aushorchung der Volksmeinung samt daraus folgender Konsequenzen (Ausweisung oder Umbringen eventueller 'OrdnungsstörerInnen'). Sie wurde "Wohlfahrts-" oder "gute Polizey" genannt.

Die Polizei aber, die für alles zuständig war (daher auch das Wort "Polizeistaat"), behinderte die Geschäfte der zu Geld ge-

relative.....

Von Kaisers Gnaden.....

In Österreich mußte mensch noch bis Mitte des 19. Jahrhunderts warten, bis die Vorstellungen der Herrschenden von der Polizei auch nur schwammig eingegrenzt wurden. Mit der Niederschlagung der Revolution von 1848 war das Kaiserhaus gerade noch einmal davon gekommen. Es war wohl klar, daß es nicht nocheinmal soviel Glück haben würde, wenn es nicht schnellstens wesentliche Forderungen des Bürgertums erfüllen würde. Aber auch dem Bürgertum hatte das Jahr 1848 einen großen Schreck beschert. Erstmals war auch in Österreich sichtbar geworden, welche Kraft die ArbeiterInnen entwickeln könnten, wenn sie nur einmal geeint auftreten würden.

Die Regelung der Polizei war daher auch für das Bürgertum das Gebot der Stunde und weit wichtiger als etwa das 'allgemeine Wahlrecht'. Die "Allerhöchsten Entschliebung vom 10.7.1850 über die Grundzüge für die Organisation der Polizeibehörden" und die "Kaiserliche Entschliebung vom 25. April 1852 über den Wirkungskreis der obersten Polizeibehörden" schufen Grundlagen eines Polizeirechts, das im Wesentlichen heute noch gültig ist: Eine klar festgelegte Befehlshierarchie und eine 'Definition' der Aufgaben. "Die k.k. Polizeibehörden haben den Gefahren, womit der Monarch, das kaiserliche Haus, die gesetzliche Ordnung, überhaupt der Rechtsbestand und die Wohlfahrt des Staates sowie der einzelnen bedroht sind,



Polizei gegen ArbeiterInnen am 15. Juli 1927 (Justizpalastbrand)

auf gesetzlichen Wegen vorzubeugen und zu begegnen, die öffentliche Ruhe und Ordnung in dem Bereiche ihres Bezirkes zu erhalten, die Angriffe gegen dieselbe und die Verletzungen der Person und des Eigentumes, mögen sie vom Zufalle herrühren oder durch menschliche Thätigkeit absichtlich oder unabsichtlich veranlaßt werden, zu hindern, bei vorfallenden Störungen der Ordnung und Sicherheit dem Umsichgreifen des Schadens Einhalt zu thun, die eingetretenen, nachteiligen Folgen zu beseitigen, endlich die Übertreter des Gesetzes auszuforschen, anzuhalten und den berufenen Behörden zu überliefern".

Diese 'Einschränkung' der Polizeiarbeit

gilt heute noch; genauso wie die erstmalige Definition der Aufgabe der Staatspolizei: "Die Wahrnehmung der Volksstimmung gehört zur wesentlichen Aufgabe der Polizeibehörden. (...) Sie müssen bemüht sein, daß Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ruhe nicht zum Ausbruche gelangen, sondern schon in ihrem Aufkeimen erstickt werden."

In den folgenden Jahrzehnte wurden diese Festlegungen durch die Verfassung und das "Staatsgrundgesetz" von 1867 und die Aufhebung des Koalitionsverbots (das Verbot, Gewerkschaften zu gründen) zwar 'in rechtsstaatlichere Bahnen' gelenkt, aber nie deutlicher definiert oder gar eingeschränkt.

Von der Monarchie zur Republik

Die Gründung der Republik 1918 und die Niederhaltung der revolutionären Bewegung in den darauf folgenden Jahren machte die Ausarbeitung einer neuen, bürgerlich-demokratischen Verfassung notwendig, die aber kaum wer wirklich haben

wollte: Die Christlich-Sozialen nahmen den Niedergang der Monarchie nur zähneknirschend zur Kenntnis, und dem größte Teil der ArbeiterInnen war ohnedies der Schritt in Richtung Rätepolitik im Sinn. An der neuen Verfassung bastelten also nur jene, die irgendwie zwischen den Fronten standen: Etwa Hans Kelsen, der zwar Mitglied der sozialdemokratischen Partei, zuvor aber auch noch militärpolitischer Berater des Kaisers gewesen war.

Besessen von der Idee, als 'Erfinder' eines neuen Systems "reinen Rechts" (sagen wir 'mal: neutralen Rechts) in die Rechtsgeschichte einzugehen, war es ihm egal, woher

die einzelnen Gesetze der neuen Republik stammten, solange sie nur ein halbwegs funktionierendes System ergaben. Kelsens Wunsch, als wichtiger Mann in die Geschichte einzugehen traf sich mit selbigem Otto Bauers, wobei letzterer noch das Problem hatte, daß seinem Ruhm als großer



Staatsmann noch eine rebellierende ArbeiterInnenbewegung im Wege stand, die mit dem Staat gar nix am Hut hatte (und ohne Staat nun einmal keine großen Staatsmänner). Auf Bauers Suche nach einer Begründung für seinen Kampf gegen revolutionäre Gruppen entwickelte er die Theorie des "Gleichgewichts der Klassenkräfte". Nicht die Ausschaltung der herrschenden und besitzenden Klasse war Ziel seiner Politik, sondern die Errichtung eines Systems, in dem keine Klasse eine andere beherrschen könnte; in dem es eine neutrale Verwaltung geben sollte. In einer Situation, in der die ArbeiterInnen bewaffnet waren, Landbesetzungen, Arbeitszeitverkürzungen und Räte durchsetzen konnten, war das eine klare Kampfansage an jede revolutionäre Regung.

Und in ein solches System paßte der aus Kaisers Zeiten stammende sogenannte 'unpolitische Beamte' vorzüglich, und mit ihm natürlich die Gesetze der Monarchie. Ohne lang zu fragen konnte das Rechtsgut der (im Falle des Polizeirechts absoluten) Monarchie in die 'demokratische Republik' übernommen werden.

Nach dem Verlöschen des revolutionären Elans der ArbeiterInnen waren die sozialdemokratischen Führer schwer begeistert, weil sie nunmehr auch an den Staatsgeschäften mitverdienen durften. Um die frische Liebe zu den Rechtsparteien nicht zu gefährden liessen sie doch glatt die Formulierung eines Katalogs von Menschenrechten unter den Tisch fallen.

Rechts-Mathematik

Die Verfassung von 1867 hatte die Polizei — mit Ausnahme einiger Sondergebiete wie Fremdenpolizei, Waffenwesen etc. — zur Landessache erklärt. Der Reichsrat hatte in einer zentralen Polizeiorganisation ein zu großes Machtmittel des Kaisers gesehen.

Bedeutung erlangte diese Zuordnung aber erst mit der Erklärung Wiens zum eigenen Bundesland.

Ab 1925 konnte das einzige sozialdemokratisch regierte Bundesland nach einer Kraftprobe mit der Bundesregierung selbst Polizeirecht erlassen, bzw. der Polizei Aufgaben entziehen und dem Wiener Magistrat übertragen (die Magistratischen Ämter waren fest in sozialdemokratischer Hand, die Kiberei nicht). Die Brandvorsorge etwa wanderte von der eigentlichen Polizei zur Feuerwehr ('Feuerpolizei' hat also nix mit der Kiberei zu tun), die Aufsicht über Kino- und Theaterveranstaltungen zur MA 7 und die Überwachung sanitärer Vorschriften zur MA 15 (Gesundheitsamt). Doch trotz diese Verlustes an Aufgaben wurde das Polizeirecht nicht geändert, die Umschreibung des Zuständigkeitsbereichs der Polizei blieb weiter völlig allgemein.

Als dann 1929 die Polizei, wie wir weiter unten sehen werden, wieder zentralisiert wurde, stellte sich für die Verfassungsrechtler die Frage, welche Aufgaben nun den Landes- und welche der Bundesregierungen zu übertragen seien, was also jetzt im eigentlichen Sinne die Definition von 'Polizei' sei. Während die Renaissance-Päpste ihre Hauptaufgabe in der Bestimmung des Geschlechtes der Engel sahen, wurden namhafte österreichische Verfassungsrechtler (Merkl hieß der Mann) für die Erfindung der sogenannten 'Substraktionsmethode' bezahlt: Die Polizei ist für alles zuständig, was im Allgemeinen Landrecht von 1794 festgelegt wurde, abzüglich der Materien, die bereits anderwärtig geregelt wurden. Anderwärtig geregelt waren sogenannte "konkrete Gefahren"

worden, also Gefahren, die so deutlich vorhersehbar sind, daß auch genaue Bestimmungen zur Vorsorge erlassen werden können. Holzbauten z.B., daß ist vorraussehbar, können leicht zu brönnen beginnen. Um dem vorzubeugen können von der Feuerwehr konkrete Bestimmungen erlassen werden. Das Erlassen dieser Bestimmungen ist Landessache, also nicht Polizei.

Alle anderen Gefahren aber, die nicht einer ganz bestimmten Verwaltungsbehörde (dem Gesundheitsamt, der Feuerpolizei oder dem Marktamt z.B.) zugeordnet werden können, müssen von der (Sicherheits-)Polizei 'abgewehrt' werden.

Der letzte Schliff...

Gegen Ende der 20er Jahre verschärfte sich die Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern. Innerhalb der christlich-sozialen WählerInnenschaft wuchs die Begeisterung für autoritäre 'Lösungen' der Wirtschaftskrise.

Die ständigen Überfälle faschistischer

Gruppierungen und der Polizei auf ArbeiterInnen dienten als Vorwand, um eine Stärkung der Exekutive gegenüber dem Parlament in Diskussion zu bringen (wobei mit dem Wort Exekutive in erster Linie die Regierung und erst in zweiter die Polizei gemeint ist). Als 'Schiedsrichter' schlugen die Christlich-Sozialen die Schaffung eines vom Volk gewählten Bundespräsidenten mit weitreichenden Vollmachten vor (Oberbefehl über Bundesheer, Möglichkeit der Entlassung der Regierung und der Auf-

die Möglichkeit gegeben, sich selbst die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Rechtsgrundlagen per Verordnung zu schaffen. Die Polizei konnte also Verordnungen erlassen, mit denen ein bestimmtes Verhalten unter Strafe gestellt wurde, die Einhaltung dieser Verordnungen überwachen und Verstöße dagegen bestrafen. In speziellen Fällen konnte sie Verordnungen zu einem Zeitpunkt erlassen, an den das zu bestrafende Verhalten bereits gesetzt wurde. Solche Verordnungen durften bloß nicht gegen bestehende Gesetze verstossen, aber das konnte polizeiliches Handeln ohnedies kaum, weil ja weder Polizeigesetz noch Menschenrechtskatalog existierte (siehe Anordnungs- und Verordnungsbefugnis).

60 Jahre 'demokratischer' Ausnahmezustand...

Die Sozialdemokraten gingen aus den Wahlen 1930 zwar als Sieger hervor, zur Machtübernahme hats aber nicht gereicht. Gereicht hats den Austrofaschisten: Die Rechtslage nämlich.

Die 1929 zentralisierte Polizei verhinderte im März 1933 ein Wiederzusammentreten des Parlaments, nachdem alle drei Parlamentspräsidenten zurückgetreten waren. Die Regierung nutzte die Verfassungskrise zur Etablierung des Austrofaschismus, der dann (wider Willen) den Nazis den Steigbügelhalter spielte.

Nach 1945 gab es wiederum eine 'demokratische' Regierung, die wenig Interesse der Schaffung eines 'demokratischen' Polizeirechts hatte (was immer das sein sollte). Das Provisorium aus 1929 war den Regierenden inzwischen so lieb geworden,

daß sie es selbst gegen die Europäischen Menschenrechtskonvention zu verteidigen suchten. Jene Artikel der MRK, die einen fairen Prozess vor einem unabhängigen Richter garantieren sollten, wurden einfach für wirkungslos erklärt, weil sie eine wesentliche Beschränkung der Polizeibefugnisse zur Folge gehabt hätten (die Polizei hätte Verwaltungsübertretungen nicht mehr bestrafen können).

Während der Zeit der ÖVP-Alleinregierung wurde ein Regierungsentwurf eines Polizeibefugnisgesetzes im Parlament eingebracht. Er verschwand in den Schubladen.

Währenddessen entwickelten die Höchstgerichte eine immer weitere Auslegung der Polizeibefugnisse.

Theoretisch ist die Polizei, wie schon erwähnt, nur für Situationen zuständig, die nicht in den Bereich einer anderen Behörde fallen. Oftmals ist aber nicht so ganz klar, in wessen Kompetenzbereich denn eine Materie fällt. Viele sogenannte Gefahren sind zwar keine 'allgemeinen Gefahren', aber

KUNDMACHUNG
über die

Verhängung

des

Standrechtes

für das ganze Bundesgebiet wegen

Verbrechens nach § 4 des Sprengstoffgesetzes
vom 27. Mai 1905 Nr. 134 R.G.B. und wegen des

Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Handlungen
oder **Unterlassungen** unter besonders gefährlichen Verhältnissen oder durch

boshafte Beschädigungen oder Störungen am Staatstelegraphen
(§ 87 u. 89 des Strafgesetzes).

Der Bundeskanzler hat im Einvernehmen mit dem mit der Leitung des Bundesministeriums für Justiz beauftragten Bundesminister für Inneren gemäß § 431 — Strafverordnungs — des

Standrechtliche Verfahren

in die Fälle des Verbrechens nach § 4 des Sprengstoffgesetzes vom 27. 5. 1905 Nr. 134 R.G.B. und der Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Handlungen oder Unterlassungen unter besonders gefährlichen Verhältnissen oder durch boshafte Beschädigungen oder Störungen am Staatstelegraphen (§ 87 und 89 des Strafgesetzes) für das ganze Bundesgebiet angewandt.

Dies wird mit dem Befehle kundgemacht, dass sich jedermann dieser Verbrechens, aller Aufreizung hierzu und aller Teilnahme daran zu enthalten hat, widrigenfalls jeder, der sich nach dieser Kundmachung eines der angeführten Verbrechens schuldig macht, standrechtlich gefasst und mit dem Tode bestraft wird.

Dies wird hienüt zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Wien, am 26. Mai 1934.

Die Bundesregierung.

lösung des Parlaments sowie ausgeprägte Notstandsbefugnisse). Den Sozialdemokraten war das kein Problem. Otto Bauer z.B. ging davon aus, daß jede Stärkung der Regierung der Sozialdemokratie zugute käme, da sie ohnehin die nächsten Wahlen haushoch gewinnen würde und dann mit über 50 Prozent der WählerInnenstimmen zum Aufbau des Sozialismus schreiten könnte.

Neben dem starken (aktiven?) Bundespräsidenten brachte die Verfassungsnovelle 1929 auch eine Zentralisierung der Polizei. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung wurde wieder Sache der Bundesregierung.

Polizeirecht gab's noch immer kein richtiges; dafür aber Hektik, denn Wahlen standen vor der Tür, nach denen die politische Landschaft ganz anders hätte aussehen können.

Nur "bis zur Erlassung bundesgesetzlicher Bestimmungen über die Befugnisse der (Polizei-)Behörden" wurde daher im Verfassungsoberleitungsgesetz 1929 der Polizei

dennoch nicht eindeutig einer Behörde zuordenbar. Sie werden Querschnittsgefahren genannt.

Vor allem seit Beginn der 70er Jahre eignet sich die Polizei immer mehr Kompetenzen im Bereich dieser "Querschnittsgefahren" an.

Und die Verfassungsrichter sind bereit, diese Verschiebung der Befugnisse von politisch eher beeinflussbaren Landesbehörden auf die Bundespolizei mitzutragen.

Obwols zuerst nicht ganz so aussieht, soll ein Beispiel beweisen, daß es sich hier nicht um eine rechtliche Spinnerei handelt: Die Besetzung eines Hauses ist in Österreich an sich nicht verboten, solange den BesetzerInnen keine konkreten Sachbeschädigungen o.ä. nachgewiesen werden können. Der Hausbesitzer mußte theoretisch bei Gericht eine Besitzstörungsklage einbringen, die in einem Verfahren behandelt wird. In diesem Verfahren hätten die BesetzerInnen Parteienrechte und könnten eine Räumung ganz schön lange hinauszögern.

Ein Zustand, der politisch nicht gewünscht wird (was wäre denn, wenn da alle Obdachlosen daherkämen).

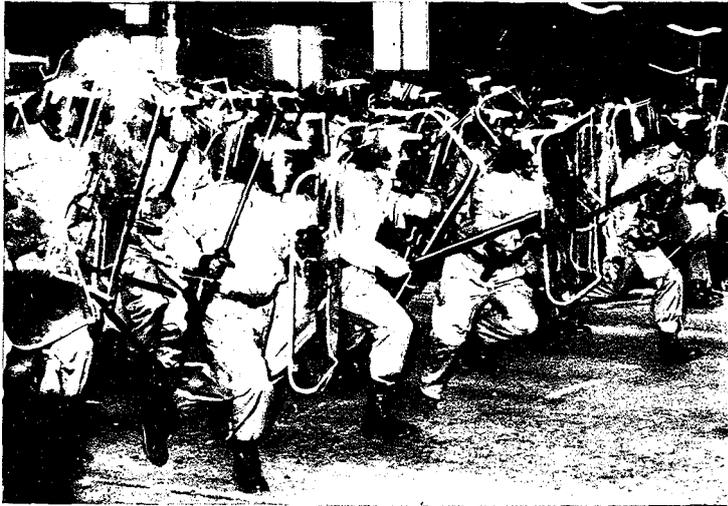
Die Polizei geht nun her und erklärt, daß das Haus z.B. feuer- oder einsturzgefährdet oder die Gesundheit der BesetzerInnen sonst wie gefährdet sein könnte und hat somit eine Querschnittsgefahr konstruiert. Diese dient dann als Vorwand zur Erklärung des Hauses zum Sperrgebiet (mittels Verordnung nach VÜG 1929), die Polizei darf einmarschieren.

Es sind dann nicht nur die Verwaltungsstrafen, die BesetzerInnen bezahlen müssen. Ist die Polizei erst einmal eingeschritten, kommen noch Anzeigen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung usw. usf. dazu (und mit Autobahn-

Baustellen verhält sichs genauso).

...und kein Ende in Sicht!

Fast zwingend folgte die Forderung nach einem Polizeibefugnisgesetz. Was immer sich Amnesty International oder "Bürger beobachten die Polizei" davon erwartet ha-



ben, können wir eigentlich nicht mehr nachvollziehen. Aber in jedem Fall hatte diese Forderung Auswirkungen: In allen Polizeizeitschriften wurde eine Diskussion über das mögliche Aussehen eines solchen Gesetzes geführt. Und in einem waren sich alle einig: Die Befugnisse der Polizei dürfen bestenfalls ausgebaut werden.

Getroffen hat sich diese Diskussion mit einer anderen: Verfassungsrechtler aller Länder diskutieren seit Jahren über neue Menschenrechtskodices. So wie bisher, meinen sie, dürfen diese Kodices nicht aussehen. Die Menschen der Postmoderne wünschen nicht mehr so sehr, für ihre Rechte auf die Straße gehen zu dürfen. Wichtiger ist ihnen die Ruhe vor ungehörigem Lärm, die Freiheit von Belästigung durch unerwünschte Erscheinungen wie Sandler, Punx usw.

Der Menschenrechtskatalog der Zukunft soll vor allem das Recht enthalten, sich mit nix beschäftigen zu müssen, womit

mensch nicht konfrontiert sein will. Und der moderne Staat der Zukunft wird dafür zu sorgen haben, daß seine BürgerInnen vor allem in Ruhe ihr Geld verkonsumieren dürfen, ohne von denen gestört zu werden, die keines haben.

Der Lucona-Skandal kam, und mit ihm das Eingeständnis, daß die Polizei genau das tut, was die Herrschenden von ihr wollen (wie überraschend): Oppositionelle bespitzeln, Angestellte vor der Einstellung überprüfen, Randgruppen terrorisieren....

Und die Grünen taten genau das, was die Typen im Innenministerium ohnehin wollten: Sie schrieten nach einem Gesetz (In dem Buch "Land über Bord" rühmt sich Peter Pilz sogar, die Regelung polizeilicher Befugnisse initiiert zu haben).

Die Beamten des Innenministeriums erkennen die Zeichen der Zeit. Unter dem Eindruck der laufenden Diskussionen klauen sie alle Fragwürdigkeiten des

österreichischen Rechts zusammen, die sich in den letzten 14 Jahrzehnten angesammelt haben, und formulieren ein Gesetz.

Hurra! Bald haben wir ein Polizeibefugnisgesetz....

1) *Joseph der II. z.B. verbot Kinderarbeit, schaffte die Leibeigenschaft ab und versuchte, den Terror der grundherrlichen Gerichte zu mindern; allerdings mit nur geringem Erfolg....*

2) *Das ist übrigens nicht ein Staat, in dem alles ganz toll ist, sondern ein Staat, in dem alles in und auf Grund von Gesetzen geregelt ist, die — zumindest theoretisch — allen bekannt sein können (sofern sie lesen können, genug Zeit haben, auf eine Bibliothek zu gehen oder genug Geld haben, um sich die Gesetze im Geschäft zu holen,....). Mit der Qualität der Gesetze hat das absolut nix zu tun.*

Der Entwurf des Sicherheitspolizeigesetzes

Anordnungsbefugnisse im neuen Regierungsentwurf

Wie bereits erwähnt sollte die außerordentliche Anordnungsbefugnis nur bis zur Erlassung genauerer gesetzlicher Bestimmungen gelten. Nach über 60 Jahren aber scheint der praktische Gummiparagraph den Staatsschützern bereits derart ans Herz gewachsen zu sein, daß er sich gleich dreifach und deutlich verschärft im neuen Entwurf wiederfindet:

• Anders als bisher soll §32 Abs.1 SiPolG auch die Möglichkeit bestehen, Verordnungen, mit denen der Aufenthalt an bestimmten Orten verboten wird bereits vor Bestehen der "Gefahr"

zu erlassen. So könnten z.B. Demo-Treffpunkte oder Baustellen zu Sperrgebieten erklärt werden, um Protestaktionen zu verhindern. Diese Verordnungen sollen nach 3 Monaten außer Kraft treten.

• Wie bisher soll die Polizei nach Abs.2 die Möglichkeit haben, bereits besetzte Gebiete mittels Verordnung zu räumen. Interessant ist, daß solche Verordnungen nach 6 Stunden außer Kraft treten, d.h., daß die Polizei z.B. bei der Räumung größerer Bauplätze zwangsläufig auf Teufel komm raus agieren muß (Tränengas etc.), weil ansonsten die Zeit knapp werden könnte.

Verordnungen nach Abs.1 müssen "in geeigneter Weise" bekanntgemacht wer-

den, "insbesondere durch Anschlag oder Verlautbarung in den Medien" (Abs.2: "insbesondere mittels Megaphon"). Wer also in Zukunft seine oder ihre Meinung manifestieren will, sollte besser vorher noch im Radio nachhören, ob der Demonstrationsort nicht zur Sperrzone erklärt worden ist. Im Übrigen sind auch wir vom TATblatt der Meinung, daß ein Anschlag eine geeignete Maßnahme ist, um auf Sperrzonen und sonstige Einschränkungen der persönlichen Freiheit aufmerksam zu machen.

Und weil ja noch irgendwelche Fälle eintreten könnten, von denen die Polizei heute gar nicht zu träumen wagt, erhält sie auch noch eine weitere "außerordentliche Anordnungsbefugnis". Was

alles mittels dieses §48 angeordnet werden soll, ist unklar. Sie ist jedenfalls dem Art. II §4 Abs. 2 VÜG nachgebildet und darf daher nicht gegen bestehende Gesetze verstoßen. Denkbar wäre eine Verordnung, die den Erwerb bestimmter Dinge von bestimmten Kriterien abhängig macht (Ausweisleistung, Alter, Beruf,...). In New York City etwa ist der Kauf von Lacksprühdosen und gewisser Sorten von Eddings an einen 'Bedarfsnachweis' gebunden (kein Witz!!!). Eine solche Verordnung stellt zwar nach herrschender Rechtsmeinung einen Eingriff in Menschenrechte dar, ist aber nicht rechtswidrig. Wenn so ein Eingriff aus 'objektiven Notwendigkeiten' geschieht und entweder alle Menschen oder zumindest einen großen Teil der Bevölkerung betrifft (z.B. alle Jugendlichen, alle BewohnerInnen eines Gebiets o.ä.), widerspricht er nicht dem sogenannten "Gleichheitsgrundsatz" und geht ok.

Also ehrlich: es gibt doch wirklich keinen Grund, den heimischen Machthabern nicht ähnliches zuzutrauen!

Anordnungs- und Verordnungsbefugnis bisher und zur Zeit

Dank Artikel 2 §4 Absatz 2 Verfassungsüberleitungsgesetz (V-ÜG) 1929 darf die Polizei zum Schutz der körperlichen Sicherheit von Menschen und des Eigentums "die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Anordnungen treffen und deren Nichtbefolgung als Verwaltungsübertretung erklären." Da mensch nach menschlichen Ermessen davon ausgehen kann, daß der Gesetzgeber(würg) die Abwendung aller möglichen vorhersehbarer Gefahren in Gesetzen regelt (also z.B. die Möglichkeit der Durchsicherung einer Person nach Waffen im Waffengesetz usw.), muß die Gefahr, die zu einer Anordnung gemäß V-ÜG 1929 führt, eine neu auftretende Gefahr sein. Solche Anordnung begegnen uns im Alltag in zweierlei Gestalt:

- Zuerst einmal als tatsächliche Anordnung. Ein Polizist darf z.B. Menschen, die ihm im Weg stehen (weil sie vielleicht Zeuginnen einer Amts-Miß-handlung werden könnten), wegweisen. Ganz salopp weist er an: gangansweiter! Die Nichtbefolgung einer solchen individuellen Anordnung kann mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden und gegebenenfalls zur Festnahme führen.

- Viel auffälliger sind Verordnungen gemäß V-ÜG 1929, wenn sie zum Zwecke eines polizeilichen Angriffs auf besetzte Häuser oder Bauplätze erlassen werden. Ob Hainburg, Draken-Widerstandscamp oder A4-Besetzung, immer verbot die Kiberei per Verordnung den Aufenthalt im betreffenden Gebiet, um dem Treiben widerständischer AktivistInnen ein Ende zu setzen. Das Besondere an diesen Verordnungen ist es, daß sie erst erlassen werden können, wenn das Verhalten, welches bestraft werden soll, bereits gesetzt wurde. Nicht gerade eine lupenrein 'rechtsstaatliche' Vorgangsweise.

Eine Verordnung nach V-ÜG 1929 muß "gehörig kundgemacht" werden (der VfGH akzeptierte Megaphone noch allemal als gehörig) und kann mittels Zwangsgewalt durchgesetzt werden. Darüberhinaus gibts eine Geldstrafe oder 14 Tage Arrest.

Die Verordnung tritt automatisch außer Kraft, wenn die Gefahr weggefallen ist. Über das Ende einer 'Gefahr' gibts aber häufig unterschiedliche Ansichten, sodaß die Verordnungen oft erst dann wirklich außer Kraft treten, wenn sie vom VfGH aufgehoben werden.

Besondere Befugnisse der Polizei in der Regierungsvorlage

Auskunftsverlangen (§30): Die Polizei ist ermächtigt, von Menschen Auskünfte zu verlangen, wenn sie der Meinung ist, daß eine Gefährdung irgendwelcher Art vorliegt.

Identitätsfeststellung (§31): Die Polizei darf die Identität einer Person feststellen, wenn "auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist", die Person begehe eine gefährliche Vorbereitungshandlung oder könne über einen gefährlichen Angriff Auskunft erteilen. Weiters auch, wenn der dringende Verdacht besteht, daß sich am Aufenthaltsort mit beträchtlicher Strafe bedrohte Handlungen ereignen, sich "Fremde, die nicht zum Aufenthalt im Bundesgebiet berechtigt sind, aufhalten" oder sich Flüchtige verbergen. Die Feststellung der Identität hat mit der "vom Anlaß gebotenen Verlässlichkeit zu erfolgen" und kann unmittelbar durchgesetzt werden. Sie muß geduldet werden.

D.h., daß die Polizei berechtigt ist, Menschen ohne Ausweis festzunehmen!

Platzverbot (§32) siehe Verordnungs- und Anordnungsbefugnis

Wegweisung (§33): Die Polizei kann Personen, die eine Amtshandlung angeblich stören oder eine angebliche Gefahr darstellen, wegweisen.

Durchsicherung (§§34,35,36): Räume, Kraftfahrzeuge und Grundstücke dürfen durchsucht werden, wenn dies der Suche nach Menschen dient, deren Leben oder Gesundheit gefährdet

erscheint oder von denen angeblich eine "allgemeine Gefahr" ausgeht. Genauso dürfen Sachen gesucht werden, die einem gefährlichen Angriff dienen können. Menschen dürfen durchsucht werden, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen angenommen werden kann, daß sie mit einer gegen Leben, Gesundheit oder Freiheit gerichteten gefährlichen Vorbereitungshandlung in Zusammenhang stehen. Die BesucherInnen einer Großveranstaltung (nicht aber einer Demonstration, dazu siehe Anordnungsbefugnis) können durchsucht werden, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen angenommen werden kann, daß es.....(nerv!).

Sicherstellen von Sachen (§37,38): Die Polizei darf Sachen einziehen, wenn sie angeblich gefährlichen Vorbereitungshandlungen oder Angriffen dienen kann. Die Dinger gehören der Kiberei, wenn sie nicht binnen sechs Monaten abgeholt wurden oder die Gefahr nach sechs Monaten noch immer besteht.

Inanspruchnahme von Sachen (§39): Die Polizei darf fremde Sachen verwenden, wenn sie meint, diese zu brauchen (echt gut, was?).

Unmittelbarer Zwang (§§43,44): Alle diese Befugnisse dürfen die Kiberer auch mit unmittelbarem Zwang (also körperlicher Gewalt und Festnahmen) durchsetzen. Unmittelbarer Zwang sollte angedroht werden, bevor er ausgeübt werden. Das muß aber nicht sein, wenn "für die Verteidigung des angegriffenen Rechtsgutes unerlässlich erscheint".

Strafbestimmungen des Entwurfs

Nach der bisherigen Lektüre dieser Zeilen wird es so manche erstaunen, daß das neue Sicherheitspolizeigesetz Strafen für die Verbreitung nationalsozialistischer Gedankenguts vorsieht. Also wenn wir nicht ganz genau wüßten, daß es sich bei den Autoren dieses Gesetzes und deren Hintermännern um best beleumundete Menschen handelt, die Tag für Tag ihre Pflicht erfüllen und überhaupt keinen Grund haben, sich an irgendwelche Deportationsversuche oder ähnliche Schweinereien zu erinnern,... also mensch könnte fast glauben, ...aber lassen wir das!

"Wer durch besonders aggressives Verhalten gegen andere die Regeln eines gedeihlichen Miteinanderlebens von Menschen gröblich verletzt und dadurch die Ordnung an einem öffentlichen Orte ungerechtfertigt stört, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe von bis zu 3000 S ui bestrafen. Bei Vorliegen erschwerender Umstände kann anstelle eine Geldstrafe eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Wochen verhängt werden" (§83). Von einer Festnahme kann abgesehen werden, wenn den TäterInnen die Mittel zur Begehung der Ordnungsstörung abgenommen werden oder die angeblichen StörerInnen vom Platz gewiesen werden können.

Genauso kann es auch Menschen ergehen, die sich gegenüber einer Militärwache "durch ein der gebotenen Ruhe entbehrendes, mit ungewöhnlicher Heftigkeit verbundenes Verhalten aggressiv" verhalten (§84).

Eine Verwaltungsübertretung begehen auch jene, die Verordnungen gemäß den §§32 und 48 zuwider handeln. Ihnen kann bis zu 1500 Öschis oder eine Woche Ersatzarreststrafe aufgebürdet werden.

Was eigentlich das in §83 beschriebene Verhalten (das bisher übrigens auch schon strafbar war) ist, versuchte Löschnak anläßlich einer Pressekonferenz darzustellen:

- Eine Löschnakstory handelte von einem

Besoffenen, der in einen Autobus urinierte und InsassInnen und Chauffeur, schließlich auch den einschreitenden Polizisten beschimpfte.

§ Löschnak-Aufreger Nummer zwei war ein Sandler, der im Bahnhof Wien-Mitte auf einer Bank schlief. PassantInnen riefen nach der Polizei, die "den extrem unhygienischen und überlebensgefährlichen Mann, den die PassantInnen als Zumutung und Frechheit bezeichneten" weckte. Klarerweise beschimpfte der eben erst aufgewachte Mann die Polizisten, was ihm zwei Wochen Arrest einbrachte.

§ Und letztlich gab Löschnak noch eine Geschichte über einen Mann zum Besten, der sich über eine seiner Meinung nach ungerechtfertigte Anzeige aufregte. Er bezeichnete den amtshandelnden Polizisten als "grünen Vogel, der nicht einmal eine Anzeige formulieren könne". Der Polizist bewies das Gegenteil, der Aufregerich mußte hinter Gitter.

Die vierzehn Tage Arrest werden einen Menschen zwar nicht ändern, meinte Löschnak, "aber er wird sich das in Zukunft schon überlegen, wie er sich in so einer Situation verhalten wird." So gesehen komme dem §83 "schon ein gewisser Präventiver Charakter" zu.

Und schließlich: "Wir brauchen diese Bestimmung, um gegen Leute vorgehen zu können, die noch kein anderes Gesetz gebrochen haben", insbesondere gegen Skinheads und Fußballplatzbesucher.....

Die Paragraphen 83 und 84 sind Sonderparagraphen, die sich gegen jede Form 'sozialen Fehlverhaltens' richten. Wer eben durch aggressives (vielleicht irokesen-Haarschnitt oder Lederjacke) oder unsachliches Verhalten (stinken?) die öffentliche Ordnung stört, muß mit bis zu 14 Tagen Arrest rechnen. Was die Regeln gedeihlichen Miteinanderlebens von Menschen sind, bestimmt der Innenminister.

Ein Glück, daß Löschnak so ein honoriger Mensch ist...

Keine Autobahn zu keinem EG-Beitritt (und zu keiner EXPO!!)

In den letzten Wochen eskaliert das Transit-Thema immer mehr, denn am 30. 6. 1991 läuft das Ultimatum der EG für einen "Transitvertrag" mit Österreich ab.

(PAG)

Dieser "Transitvertrag" sollte eigentlich den LKW-Verkehr auf ein erträgliches Maß reduzieren (der zunehmend steigende PKW-Verkehr wird sowieso ignoriert). In letzter Zeit wird dieser "Transitvertrag" aber immer mehr zu einem Mittel, welches die Bevölkerung beschwichtigen soll und gleichzeitig immer mehr Zugeständnisse an die EG ermöglicht. Denn erstens wird der "Transitvertrag" nur 10 Jahre gelten, zweitens ist die "Ökopunktekarte" (die auch von der Schweiz abgelehnt wird) ein kaum kontrollierbarer Aprilscherz und außerdem soll das Ganze nur für die Inntal-Brenner Strecke gelten.

Während dieser 10 Jahre können in Ruhe die letzten Widerstand leistenden BäuerInnen enteignet, und alle Autobahnen fertiggestellt werden. Das ist also der Wunsch von Streicher, Schüssel, EG, Autolobby, Erdöl- und Bauindustrie sowie der daran ver-

dienenden Banken und Politiker.

Aber nicht mit uns!! Wir (alle möglichen Leute) reagier(t)en auf diese Absichten mit "Versammlungen" auf den Autobahnen, die in den letzten Wochen komischerweise nicht untersagt wurden! Dafür dauerten sie (noch) nicht sehr lang.

Am 12.04. wurde eine Stunde lang die **Inntalautobahn (A12)** blockiert,

am 08.05. mit 70 Leuten und 5 Traktoren eine Stunde lang die **Pyhrnpaß-Bundesstraße (B138)**, dort, wo irgendwann die Pyhrnautobahn (A9) gebaut werden soll (jedoch NIE gebaut werden wird!),

am 10.05. 25 min. lang die **Tauernautobahn (A10)** mit bereits 700 (!) Leuten.

Am 25.05. wird wieder die **A12 (Inntalautobahn)** blockiert, diesmal aber 6 Stunden lang, was schon sehr gut ist, und zwar mit Beschluß des Innsbrucker Gemeinderates!

Am 1. Mai wurde außerdem eine Auto-karosserie auf dem Gipfel der Kremsmauer

aufgestellt, als Mahnmal gegen die drohende A9 (siehe "Krone fürs Kremstal — Ein Land Art Kunstwerk" in diesem TATblatt).

Außerdem wurde am 7. Mai der Chef der ASTAG (Arlberg-Straßentunnel AG) und der PAG (Pyhrnautobahn-Aktien-Gesellschaft), Heinz Talirz, verhaftet, weil er beim Arlberg bestimmte Baufirmen bevorzugt hatte.

Von der A4 haben wir in letzter Zeit nicht viel gehört. Aber dort wird (oder wurde?) die Trassenverordnung fertig, wogegen mann/frau eine Verfassungsgerichtshofklage machen könnte, wenn er/sie sich dazu aufraffen könnte.

Also: Keinen Meter Autobahn mehr!
Keinen Pseudo-Transitvertrag mit der EG!

Kein EG-Beitritt!
Liebe statt Autowahn!

Verpflichtende HIV-Tests in Wiens Spitälern

Ab 1. Juni 1991 müssen sich PatientInnen der Wiener Spitälern vor allen chirurgischen Eingriffen, invasiven¹⁾ Untersuchungen und bei Schwangerschaft obligatorisch einem HIV-Test unterziehen.

(HOSI-Wien)

Stadtrat Dr Sepp Rieder verteidigt diese Regelung mit dem Hinweis, daß bestimmte Behandlungsmethoden unter Umständen das Krankheitsbild bei AIDS-PatientInnen verschlechtern bzw. bei HIV-Positiven den Ausbruch der Erkrankung beschleunigen könnten.

Rieder verschweigt dabei, daß dies jedoch nicht auf Operationen zutrifft — oder er weiß, was uns nicht überraschen würde, darüber gar nicht Bescheid. Es gibt jedenfalls keine einzige Studie, die beweisen würde, daß ein chirurgischer Eingriff den Gesundheitszustand eines/r HIV-Positiven oder AIDS-Kranken verschlechtern würde. In den meisten Fällen gibt es auch keine akzeptable oder zumutbare Alternativbehandlung für Operationen. (Oder will man etwa bei einer Wirbelfraktur den Patienten/die Patientin ein halbes Jahr ins Gipskorsett legen, statt ihn/sie zu operieren?)

Weder Schutz der PatientInnen noch des Personals

Daß die neue Maßnahme zum Schutz der PatientInnen sei, ist also nur vorgeschoben. Sie dient auch keineswegs dem Schutz des Personals — der als weiteres Argument

von Stadtrat Rieder angeführt wird: Studien belegen, daß die Verletzungsgefahr und -häufigkeit beim Personal steigt, wenn es über die HIV-Infektion des zu operierenden Patienten informiert ist. Das Personal ist dadurch nervöser und unsicherer, wodurch es häufiger zu Verletzungen kommt.

Darüberhinaus ist es ein absoluter Nonsense, zweierlei Hygienestandards in den Spitälern aufrecht zu erhalten. — einen für HIV-positive und einen für HIV-negative PatientInnen. Das gibt es auf der ganzen Welt nicht! Außerdem bleibt bei vielen Akuteingriffen gar keine Zeit für einen HIV-Antikörpertest. Wie überall auf der Welt sollte sich auch an den Wiener Gemeindespitälern das ärztliche und medizinische Personal bei ALLEN PatientInnen so schützen, daß eine HIV-Übertragung unmöglich wird.

Eine Sonderbehandlung von HIV-positiven PatientInnen, wie sie Stadtrat Rieder auch jenen androht, die die Vornahme eines HIV-Tests ablehnen (Näherung nur in "Astronauten"-Schutzkleidung, räumliche Trennung von anderen PatientInnen), ist medizinisch nicht gerechtfertigt. Wenn ärztliches und medizinisches Personal in Wien (teilweise) noch immer solche Vorstellungen von AIDS hat, hat offensichtlich die Ausbildung versagt.

HIV-Test für ÄrztInnen?

Auch wenn manche Chirurgen und Orthopäden für diese obligatorischen Tests ein-

treten, ist die Ablehnung solcher Tests — zumindest im Ausland — unter der ÄrztInnenschaft und dem medizinischen Personal nahezu einhellig. Mit den selben Argumenten könnten im übrigen die PatientInnen auch auf die obligatorische Testung der sie behandelnden ÄrztInnen bestehen.

Boykottaufwurf

Die HOSI Wien ruft zum Boykott der obligatorischen HIV-Tests auf.

Angesichts der drohenden Diskriminierung von HIV-positiven PatientInnen in Wiens Gemeindespitälern, wie sie Stadtrat Rieder jenen androht, die einen Test ablehnen, rät die HOSI Wien darüber hinaus allen HIV-positiven PatientInnen eindringlich davon ab, ihren HIV-Status bekannt zu geben. •

Sollte es aufgrund der Test-Verweigerung zu Diskriminierungen oder gar zu Benachteiligungen oder Vernachlässigungen in der medizinischen Versorgung kommen, wird die HOSI Wien ein Notruf-Telefon für betroffene PatientInnen und einen Unterstützungsfonds einrichten, um eventuell gerichtlich gegen die behandelnden ÄrztInnen bzw die Spitalsverantwortlichen vorzugehen.

1) das hat irgendwas mit dem Bindegewebe zu tun; lt. Fremdwörter-Duden: "in das umgebende Bindegewebe wuchernd hineinwachsen (in bezug auf Krebszellen)"

“KRONE FÜRS KREMSTAL”

Ein Land Art Kunstwerk

Vor einigen Jahren hatte der Künstler Alois Prielinger eine Idee.

Vor einigen Monaten wurde beschlossen, seine Idee in die Tat umzusetzen.

Vor einigen Tagen wurde die Idee Wirklichkeit und erhitzt seither die Gemüter in Oberösterreich.

(Irmi)

Die Idee trägt den klingenden Namen “KRONE FÜRS KREMSTAL” und besteht aus einem roten Auto, das auf dem Gipfel der 1640m hohen Kremsmauer steht.

Am Land Art Kunstwerk ist zwar alles dran, was es als Auto erkennbar macht, aber nichts drin, was es als solches funktionieren ließe. Alle umweltbelastenden oder -gefährdenden Teile fehlen.

Am 1. Mai 1991, haben wir gemeinsam mit rund 30 Freundinnen, Freunden und Bekannten, das in ca 20 Teile zerlegte Auto auf die Bergspitze getragen. Es dauerte sieben Stunden, bis die Teile hinauftransportiert, zusammengebaut und aufgestellt waren. Die Einzelteile wogen zwischen 10 und 43 kg.

Neben das Denkmal stellten wir eine Tafel mit folgenden Worten:

*“Das ist ein Denkmal.
Es heißt
“KRONE FÜRS KREMSTAL”.
Mit diesem Kunstwerk,
das hier den Sommer über
stehen soll, wollen wir
darauf hinweisen, daß das
Kremstal in Zukunft vielleicht
nicht mehr von der Kremsmauer,
sondern vom Transitverkehr
beherrscht werden wird.”*

Mit der “KRONE FÜRS KREMSTAL” ist ein Kunstwerk entstanden, mit dem wir Widersprüche aufdecken, Fragen “in den Raum stellen”, zum Nachdenken anregen wollen.

Viele (zB. Alpenverein Oberösterreich, Naturfreunde, Junge ÖVP) protestieren gegen das “Wrack” inmitten unberührter Natur.

Und wie sieht es mit der Landschaft, mit

der Mitwelt, in der wir leben, aus? Wer von den Berg-Besorgten mahnt gegen die Zerstörung im Tal, in unserer “hautnahen” Umgebung?

Verwunderlich, wie sehr ein “Auto” in einem Stück Restnatur, in einem unserer Erholungsreservate provoziert, wo es eigentlich kaum noch Landschaften gibt, die nicht verkehrsgerecht erschlossen worden sind! Oder ist der Grund für die Empörung, daß es kaum noch solche autofreien Orte



gibt?
Bis jetzt war das Kremstal berühmt für seine liebliche Landschaft, und die Kremsmauer thronte erhaben über ihr.

Wird das noch so sein, wenn eine Transitschneise dieses Land zerschneidet und Tonnen von Abgasen, Schwermetallen, Staub und viel Lärm hinterläßt?

Das Denkmal macht weder Lärm, noch Gestank, noch Dreck. Und doch scheint es mehr Emotionen hervorzurufen, als das drohende Transitungetüm. Warum?

Alle, die von Unsinn, von verrückt sprechen, haben freilich auf verdrehte Weise erkannt: Da wurde die Perspektive verrückt. Ein Auto steht plötzlich nicht mehr auf der Straße, sondern in unberührter Natur. So ein Un-Sinn?

Wo liegt der Sinn, wenn der Lebensraum vieler Menschen dem Transitverkehr geopfert wird?

Dem Transitverkehr, der mit dem Vollausbau der A9 Pyhrnautobahn über das Tal hereinbrechen wird.

Die Krone ist ein Symbol für Herrschaft. Wird in Zukunft der Verkehr menschlichen

Bedürfnissen untergeordnet, oder müssen die Menschen ihre Bedürfnisse dem Verkehr unterordnen?

Das ist ein kleiner Teil der Fragen, die die “Krone fürs Kremstal” aufwirft. Es gibt noch viel mehr.

Fragen, Fragen, viele Fragen. Mögliche Antworten. Die Menschen denken nach, überlegen, reden miteinander, diskutieren über ihre Antworten. Das ist für mich EINE Aufgabe der Kunst.

Aktuelle Ereignisse danach:

Am 8. Mai wurde das Denkmal klammheimlich vom Gipfel entfernt — von wem und wie ist unbekannt (zu Fuß oder per Hubschrauber?). Die KünstlerInnen haben Diebstahlsanzeige gegen unbekannte Täter gemacht.

Die zuständige Bezirkshauptmannschaft begann zu ermitteln, ob die AktionistInnen

vielleicht gar unerlaubt Schrott in der grünen Landschaft abgestellt hätten und leiteten ein Entfernungsverfahren ein. Derzeit wird überprüft — ob das Kunst sei, oder nicht. Der Bezirkshauptmann von Kirchdorf/Krems glaubt, nicht.

Jetzt gibt es die absurde Situation, daß eine Erhebung, ob gegen das Naturschutzgesetz verstoßen wurde und entfernt werden muß, läuft, während das Kunstwerk bereits gestohlen ist. ●

WelcheR Interesse an weiteren Land Art Kunstwerken und Kunstaktionen im Kremstal hat, soll sich bei Irmi oder Lois melden:

Irmi Egger
Ausstellungsstr. 33-35/36
1020 Wien
Tel: 0222/26 62 254

Alois Prielinger
Rührndorf 7
4551 Ried im Traunkreis
Tel: 07588/508

DER STAU UND DIE KERNKRAFT

Während die EXPO (aus welchem Grund auch immer) glücklich an uns vorüberging, klammern sich die PolitikerInnen an den Erfolg bei der zweiten Frage an alle WienerInnen: Die Staufufe fand eine breite Zustimmung, und das wiederum nehmen nicht nur sie, sondern vor allem die KraftwerksbetreiberInnen mit Genugtuung zur Kenntnis. Jetzt soll schnellstens mit dem Bau begonnen werden! Umweltverträglichkeitsprüfung? Wozu? Sind eh alle dafür!

(TATblatt-Wien)

Die Donaukraft (AG) hat Zeit gehabt, sich den veränderten Bedingungen anzupassen. Von Industrie und Werbung wurde schon lange erkannt: mit Natur und Umweltschutz läßt sich jede Menge Geld machen und obendrein fast alles durchsetzen. Sogar die Kernkraftbefürworter erkannten früh dieses Prinzip, und wollten uns die Atomenergie und sogar die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf als die sau-

kern (und der Baulobby erst recht) von vornherein entgegengebracht wird?

Fast alle namhaften Umweltschutzorganisationen — vom WWF bis Greenpeace, vom Ökologie Institut zum Naturschutzbund, von Global 2000 zum Komitee "Nationalpark Donau-March-Auen, von der Grünen Alternative bis und so weiter, und so weiter, haben sich gegen das Kraftwerk ausgesprochen. Aber keineR hat anscheinend, klarmachen können, um was es geht. Von Anfang an blieb diese breite Koalition in die Defensive gedrängt. Immerhin stand sie einer Propagandaflut mit Millionenaufwand gegenüber.

Vielleicht mußte insoferne sogar so ein Ergebnis erwartet werden, denn die Entschlossenheit der Kraftwerksbauer und ebenso die der Gemeinde und der Stadregierung ließ nichts unversucht: Argumente, die darauf abzielten, daß gar nichts geschieht gegen die sinkenden Wasserstände in Prater und Lobau, wenn nicht ein Kraftwerk gebaut wird, sind reine Erpressung; und die direkte Bezugnahme auf die Kernkraft ist schon fast als Drohung anzusehen (die am 5. Jahrestag von Tschernobyl ihre Wirkung sicher nicht verfehlt hat), und dann noch die Fragestellung mit dem Hinweis auf ein positives Gutachten (das es nie gegeben hat): Betrug könnte eineR fast in den Sinn kommen.

Aber es wäre zu billig, den WählerInnen anzulasten getäuscht worden zu sein, erpreßt oder verängstigt. Hier muß auch die andere Seite gesehen werden. Wo blieb die ursprünglich geplante Fragestellung "Soll zwischen Greifenstein und der Staatsgrenze die freie Fließstrecke der Donau erhalten bleiben", warum lassen sich die NationalparksplanerInnen so ins Abseits drängen, sind Abstimmungen nur noch zu gewinnen, wenn die FPÖ zufällig auf derselben Seite steht?

Zu hoffen bleibt, daß sich Widerstand jetzt formiert, auch wenn es schwieriger wurde zu argumentieren. Schließlich "wollen" zumindest von denen, die zur Abstimmung

gingen über zwei Drittel das Kraftwerk. Zu befürchten ist, daß in fünf Jahren, wenn das nächste Kraftwerk unterhalb Wiens gebaut wird, sich keineR der BefürworterInnen auf die Versprechungen von heute erinnern können wird. •

Wiener für Wasserkraft
**Wasserkraft
 für Wien
 JA, wir
 gehen hin.**

Dr. Angelika Binder, 35,
 Biologin, Wien 1.

"Gerade jetzt, 5 Jahre nach der Katastrophe Tschernobyl, sollten wir daran denken: Nutzung der Wasserkraft ist die akzeptablere Form der Energiegewinnung."

*Jeh geh' hin.
 Gehen Sie mit!*

Ich selbst bin ein extremer AKW-Gegner. Aber: Wie kann man gleichzeitig gegen Atom- und Wasserkraftwerke sein?

Ist das nicht einer der unsinnigsten Gegensprüche der heutigen Zeit (in der man nun mal (zu)viele Strom "braucht")?

Gegen das Schlechte (AKW) sein — und AUCH gegen die weit bessere Lösung (WKW) des Problems sein ... wo bleibt da die Vernunft?

Wenn sämtliche engstirnige Vollidioten weiterhin jedes Kraftwerk boykottieren, dann werden die Politiker uns früher oder später mit der berechtigten Frage, "was wollt ihr denn eigentlich" — ein AKW vor die Nase setzen ... und dann wird es für uns zu spät sein, statt dessen die Wasserkraft zu nutzen. Wann wird die Menschheit lernen, daß das Gegenteil von schweigen und zusehen nicht ein dagegenbrillen ist — sondern ein besseres handeln?

Hoffentlich bald!

Denn Strom wird gebraucht, daß ist eine Tatsache, die man nicht mehr ändern wird können — und eine Tatsache, die man nicht mehr abstreiten kann. Aber ich will keine AKWs, denn mein Baby soll auch alt werden dürfen — und deshalb bin ich für Wasserkraftwerke, egal wo sie gebaut werden, denn sie sind die einzige vernünftige Lösung für uns Menschen.

LESERINNEN BRIEF

berste aller Energieformen andrehen. Die Donaukraft ist voll auf dieses Konzept eingestiegen. Aus dem Kraftwerk wurde ein Ökokraftwerk, aus den Wünschen der Kraftwerksbauer wurden ökologische Notwendigkeiten, aus dem auf die problematische Situation aufmerksam machendem Bericht der BOKU wurde ein "positives" Gutachten, aus der Unfähigkeit, das zuerst hochgepriesene Schmalwandkastensystem in die Realität umzusetzen, wurde ein wahres Glück, denn jetzt verbleiben etwaige Kontaminationen im Damm eingeschlossen, aus einem Reigen an Unklarheiten und Unsicherheit wurde eine Chance für Wien.

Dennoch muß gefragt werden, warum kam diese Propaganda bei den Menschen so gut an? Warum scheint plötzlich alles Mißtrauen verfliegen, daß sonst den Politi-

VOLKSBEGEHRREN GEGEN DIE NEUE WOHNUNGSNOT

Kaum sind Volksbefragungen, Volkszählungen und ihr Boykott, ... vorbei, wartet schon die nächste Aufgabe auf Euch: Die "Überparteiliche Aktion gegen die neue Wohnungsnot", die unterstützt wird von Club International Wien, Grüne Bildungswerkstatt, MieterInneninteressensgemeinschaft, MieterInnenschutzverband, ÖH an der TU, JG/SPÖ, ÖGJ und anderen mehr oder weniger illustren Organisationen, ruft auf, das gleichnamige Volksbegehren zu unterstützen.

Unter anderem wird darin verlangt: Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen, Sonderwohnbauprogramme, mehr Konsumentenschutz, Verbot von befristeten Mietverträgen, strenge Strafen für Ablösen, Erhöhung der Mietzinsbeihilfe, mehr Mitbestimmung bei der Planung, Maßnahmen gegen Wohnungsleerstand. Welchem oder Welcher das jetzt zu wenig an Information ist, kann sich an obengenannte Aktion mit folgender Adresse wenden: **1160 Wien, Payergasse 14, Tel. 0222/4031827**

Welcher oder welchem das aber genug war, der sollte schleunigst aufs Gemeindeamt (oder Bezirksamt)gehen, sich dort ein Formular holen: Unterstützungserklärung für ein Volksbegehren. (Ausweis und Meldezettel nicht vergessen), "Volksbegehren gegen die neue Wohnungsnot" eintragen, unterschreiben und fertig ist die Angelegenheit. •

Die dunklen Pfade der Volkszählung

Spätestens mit dem 06. Mai 1991, dem offiziellen Startschuß zur Daten- und Kopffagd, ist klar, daß sämtliche Warnungen vor der Volkszählung und ihren Vollstreckern nicht unberechtigt waren.

Bereits im April gab es die ersten bekannt gewordenen amtlichen Übergriffe auf ahnungslose BürgerInnen. Doch solche sollten sich in den darauffolgenden Wochen nicht als Einzelfälle, sondern geradezu als Regelfall herausstellen.

Im folgenden ein Überblick über die dubiosen Machenschaften diverser Ämter und Einzelpersonen.

(TATblatt-Wien)

Zählung zu früh begonnen

Die Vorgänge in der Gemeinde Sonntagberg (NO) dürften den meisten LeserInnen bekannt sein: Schon ab Anfang April (also einen guten Monat zu früh) wurden die BürgerInnen unter Mitnahme der "erforderlichen Unterlagen" (zB: Dokumente über Geburt, Heirat, Haus, Wohnung, Ausbildung, ...) auf das Gemeindeamt zitiert und hatten dort den Fragen der Gemeindebediensteten Rede und Antwort zu stehen. Die Fragebögen bekamen sie nicht zu Gesicht. Nach heftigen Interventionen durch die "Bürgerliste" wurde diese Aktion gestoppt, und vom Statistischen Zentralamt (ÖStZ) verfügt, daß die Daten vernichtet werden müssen — was dann jedoch nicht geschah, weil man sich amtlicherseits darauf einigte, sie doch aufzubewahren.

Was jedoch weniger bekannt ist: Bürgermeister Wahl erhob in der Folge Verleumdungsklage gegen die MitarbeiterInnen der Bürgerliste wegen angeblich falscher Information der Bevölkerung.

Zwangsausfüllung am Gemeindeamt

Die unkontrollierte (und hemmungslose?) Ausfragerei durch Gemeindeangestellte ist v.a. in den Landgemeinden die übliche Vorgangsweise. WelcheR sich lieber die Zählungsbögen daheim ansehen und ausfüllen (oder auch nicht) will, stößt auf Granit: sie werden nicht hergegeben. WelcheR sich dann vielleicht auch noch weigert, einzelne Fragen zu beantworten, wird angeschrien und mit Strafe bedroht. WelcheN wundert, wenn angesichts derartiger Offenheit zur Schau getragener Macht die Betroffenen auf ihre (ihnen meist ohnehin nicht bekannten) Rechte verzichten.

Ausfüllung durch Gemeinde

In einigen Gegenden bekommen die BewohnerInnen nur Kopien der Erhebungsbögen ausgehändigt. Die Angaben werden dann am Gemeindeamt in "Schönschrift" in die Originale übertragen.

Andere Gemeinden wiederum, wie zB Rotenturm/Pinka (Bgld), füllen gleich von vornherein die Erhebungsbögen selbst aus. Falls dann noch Daten notwendig sind, werden die BürgerInnen aufs Gemeindeamt geladen und haben dort die entsprechenden Angaben zu machen.

"Deutsch"-sprachige SlowenInnen

Was bei dieser "Serviceleistung" der Gemeinden rauskommen kann, zeigte sich ganz deutlich im kärntner Rosental: Ein "gutmeinender" Zähler füllte bei den Slo-

wenInnen gleich mal "deutsch" als Umgangssprache aus. Kein Wunder, hatte doch der "Kärntner Heimatdienst" vor dem Ankreuzen des Slowenischen gewarnt, weil es zur "Verfälschung des ethnischen Bildes in Kärnten" beitragen würde (AZ, 06. 05. 91). Auch im Burgenland wurde ein Flugblatt verteilt, in dem abgeraten wurde, kroatisch als Umgangssprache anzugeben.

Zusatzerhebungen durch Gemeinden

Manche Gemeinde, wie zB Wien, nutzen die Uninformiertheit der Bevölkerung darüber, was tatsächlich ausgefüllt werden muß, für Zusatzerhebungen. Unter dem Vorwand der Aktualisierung der Wählerevidenz werden zusätzliche Informationen gesammelt. ZweitwohnsitzerInnen erhalten einen Fragebogen, der zum Teil Fragen aus der Volkszählung enthält, aber auch zusätzliche (geförderte Wohnung, Eigentumswohnung, Lohnsteuerkarte, PKW-Kennzeichen, Studium, Haushaltsführung, usw.).

Kopffagd auf "U-Boote"

Die Gemeinde Wien zeichnet sich überhaupt durch eine besondere Offensivität und Aggressivität bei der Datenerfassung aus. Ein Zähler zerriß die mit Kugelschreiber ausgefüllten Bögen einer Frau und erklärte, dies sei eine Sabotageaktion und er werde sie selbst ausfüllen.

In ZählerInnenschulungen werden die Leute dazu angehalten, "besondere Beobachtungen" zu notieren; zB wenn sie im Widerspruch zu gemachten Angaben stehen (etwa wenn sich mehr Personen, als angegeben, in der Wohnung aufhalten), oder, wenn einE AusländerIn einen Ergänzungsbogen abgibt. Einige ZählerInnen versuchen dann auch recht beflissen, unter falschen Behauptungen und ohne Erlaubnis in die Wohnungen zu kommen, um

möglichst viel Einblick zu bekommen — kein Wunder, stehen ihnen doch pro aufgespürter nicht gemeldeter Person 70.— mehr zu.

In einigen Gemeinden (zB Teuf/Tirol, Wien) werden gleich MeldebeamtenInnen als Zählorgane eingesetzt. Umso praktischer, als doch eine Novelle zum Meldegesetz in's Haus steht — so könnten dann gleich die Daten aus der VZ herangezogen werden, um den Menschen "ihren" Wohnsitz zuzuteilen und sie eventuell gleich polizeilich umzumelden.

Staatspolizisten als Zählorgane

Noch einen Schritt weiter ging Steyr. Dort wurde die "vertrauliche Datenerhebung" gleich von Angehörigen der Staatspolizei durchgeführt — diese mußten nach Protesten der BürgerInnen abgelöst werden.

Daten personenbezogen gespeichert

Die Gemeinden Klagenfurt und Linz speichern die Daten aus der VZ zusammen mit Namen, Adresse, Beruf, Staatsangehörigkeit, Stellung im Haushalt und besonderen Angaben über jene Personen, die nach Meinung der Gemeinden die Zählungsbögen unvollständig oder gar nicht ausgefüllt haben. In einem Kommentarfeld werden "eigene Erhebungsergebnisse" dazunotiert.

Hieß es bisher beflissentlich von allen offiziellen Seiten, die Daten würden *nicht* personenbezogen gespeichert werden, stellte jetzt die Datenschutzkommission fest, daß dies sehr wohl der Fall sei. Das ÖStZ wurde angewiesen, für eine "ordnungsgemäße Registrierung" zu sorgen — d.h., es ist auch auskunftspflichtig gegenüber Anfragen. Die ARGE DATEN empfiehlt, die Bögen vor der Abgabe zu kopieren.

Volkszählungs-Termine:

VolksVERzählungsbüro und VolksVERzählungstelefon:

Information und Beratung
Donnerstag, 17.00-19.00 Uhr,
Freitag 19.00-21.00 Uhr
Wien 9. Marktgasse 21, Tel:
0222/34 50 524

WelcheR mindestens ÖS 200.- einzahlst, ist mit dabei!

BAWAG 02010 606 309, Kennwort "Unterstützungsfonds"

Boycott-Gruppen-Treffen:

Mo, 27. Mai, 19.00 Uhr, VolksVERzählungsbüro (regelmäßig jede Woche!)

Rechtshilfe —

Unterstützungsfonds:

für die Inanspruchnahme rechtlicher Beratung bei Folgen von Falsch- oder Nichtausfüllen.

Die TATblatt-VZ-T-shirts und -Pikler sind leider restlos ausverkauft bzw. pickt. Allen, die jetzt durch die Finger geschaut haben, schicken wir das Geld zurück. Tut leid!

„Da steckt eine gut organisierte Organisation dahinter.“

Volkszählung sabotiert!

Die VolkszählerInnen haben's schwer. Gefälschte Hausaushänge in Innsbruck und Wien, versehen mit amtlichen Stempeln und Unterschriften, verkünden den Abbruch der Volkszählung oder stiften sonst irgendwie Verwirrung und beauftragte ZählerInnen verabsäumen es, ihren Dienst zu tun oder verschwinden gar von der Bildfläche. Wir bringen eine Dokumentation der Ereignisse aus uns zugesandten Unterlagen und Zeitungsmeldungen.

*) Franz Satzinger, Zählungsbeauftragter der Gemeinde Wien; lt. Kurier v. 16.05.91

VOLKSZÄHLUNG 1991

GEMEINSAM MIT HÄUSER-, WÖHNUNGS- UND ARBEITSSTÄTTENZÄHLUNG
Gesetzliche Grundlagen: Volkszählungsgesetz (BGBI. Nr. 109/80 und BGBI. Nr. 149/90), Häuser- und Wohnungszählung; Bundesstatistikgesetz (BGBI. Nr. 91/85 und BGBI. Nr. 448/90), Arbeitsstättenzählung; Arbeitsstättenzählungsgesetz (BGBI. Nr. 119/73 und BGBI. Nr. 7/91).

Ihr(e) Zähler(in) kommt am 7. Mai 1991

zwischen 8 und 12 Uhr.

Vorsicht: verlangen Sie bitte den Lichtbildausweis und den gültigen giftgrünen Zählerausweis, es ist nämlich möglich, daß sich nicht berechnigte Personen Zugang zu den Daten verschaffen wollen. (oder Firmen)

MA 88 - 50 140 9101

Sie erhalten die Zählpapiere. Füllen Sie die Papiere bitte genau und vollständig aus. Die Blätter werden einige Tage später wieder abgeholt.

Hr Zähler/ Ihre Zählerin:

Hans Müller
 Bäckerstraße 20
 1010 Wien

Telefonnummer: 512 84 92, 512 21 40

Anschlagserklärung

Für den 7. Mai haben sich Unmengen von Hans Müllner in ganz Wien für die Unterstützung der Volksausfragung gemeldet. Adresse und Telefonnummer sind von der Datenverarbeitungsstelle des Statistischen Zentralamts in der Bäckerstraße 20 im 1. Bezirk; Telefon: 512 84 92 oder 512 21 40.

Ruf doch einfach einmal oder besser öfter an.

Mit der Fälschung der Ankündigung wollen wir die Volksausfrager ein wenig verwirren, und den Menschen die Möglichkeit geben, die Volksausfrager wenigstens ein paar Tage vom Leib zu haben.

Alle Formen des Widerstandes gegen die Volkszählung sind gerechtfertigt.

Wien und Burgenland wird beben, laßt uns das System aus den Angeln heben.

Wir bekennen uns zu den zwei Erdbeben in Wien und Burgenland am 2. Mai 1991

Das war erst der Anfang.

Wir bringen das System ins Wanken

Kommando keine Volkszählung

kein Belcredi

Österreichisches
 Statistisches Zentralamt



KUNDMACHUNG:

Anläßlich des Bescheides des Verfassungsgerichtshofes (Nr. 38210/91) wird folgendes verlaubarbart:

VOLKSZÄHLUNG EINGESTELLT!

Der gegen das Volkszählungsgesetz am 17. 04. 1991 eingebrachten Beschwerde wurde nach §1 Abs. 2 des Datenschutzgesetzes (DSG) stattgegeben, daher gilt die Volkszählung als verfassungswidrig und wird mit sofortiger Wirkung eingestellt.

Um Mißbrauch zu vermeiden, sind die Bögen eigenhändig und unter großer Sorgfalt zu vernichten.

Der Präsident

Wien, im Mai 1991

Mag. Erich Bader

Österreichische Staatsdruckerei, 907381 d/fo

Jetzt ärgern sich die Statistiker: Eine falsche Kundmachung sorgt für Verwirrung

Gibt es Saboteure unter den Volkszählorganen?

Nicht genug daß die Volkszählung ohnedies schon kompliziert genug ist, stiften jetzt auch noch Gegner der Erhebung Verwirrung: Zählorgane verschwinden, und gefälschte Kundmachungen verkünden: „Volkszählung eingestellt!“ Im Statistischen Zentralamt ÖSZ lassen ratsuchende Bürger die Telefon heißlaufen.

Franz Satzinger, Zählungsbeauftragter von der Gemeinde Wien, kann nur mit Mühe seinen Groll unterdrücken: „Was soll denn das, wir sind ja nicht in einem Gangsterstaat!“ Bei allen Problemen, die er ohnedies mit der Volkszählung hat, bereitet ihm eines besondere Kopfzerbrechen: Jetzt sind auch in Wien „Kundmachungen“ aufgetaucht. Anläßlich eines Bescheides des Verfassungsgerichtshofes sei die Volkszählung eingestellt. „Um Mißbrauch zu vermeiden, sind die Bögen eigenhändig und unter größter Sorgfalt zu vernichten.“

Die Fälschung trägt den Briefkopf des Statistischen Zentralamtes und die aufgekopierte Unterschrift des Präsidenten, Mag. Erich Bader.

Außerdem sind einige Gegner unter die Zählorgane gemischt: „Die Leute riefen an, sie hätten noch keine Fragebögen erhalten. Bei den Nachforschungen waren die Zähler dann verschwunden“, sagte Sat-

zinger und vermutet gezielte Sabotage: „Dazu braucht es eine gutorganisierte Organisation.“ – „Das ist schon ungeheuerlich! Da werden die Bürger gezielt verunsichert, und dann heißt es, daß es bei der Volkszählung Probleme gibt“, klagt Projektleiter Karl Isamberth. „Leider“, bestätigte er die im KURIER geäußerten Beschwerden und Probleme, sucht jedoch um Verständnis: „Sie müssen sich allerdings die Größe der Erhebung vor Augen halten. Wenn sich nur ein Prozent der Bürger beschwert, und zwar zu Recht beschwert, dann sind das dennoch 30.000 Haushalte.“ Die Statistiker überwachen die Gemeinden sorgfältig und urgieren die sofortige Absetzung aller Zähler, die schlecht aufgefallen sind.

Bei der Kummernummer im ÖSZ (0660 6051 aus ganz Österreich) melden sich täglich rund 2000 Bürger, nicht mit Beschwerden, wie Isamberth versichert, sondern um Rat zu suchen. **H. HUBER ■**

Die EXPO ist tot — es lebe die Nachnutzung

„Jetzt soll die mit der Errichtung und Nachnutzung befaßte Gesellschaft die Grundstücke mit allen Rechten für einen symbolischen Schilling übernehmen. Bezahlt wird Ende 1995 (der 'tatsächliche' Wert) und als Gegenleistung für die Errichtung der EXPO kann die Gesellschaft dann 100 Jahre über die Grundstücke verfügen" — schrieb der Standard am 17./18. 2. 1990. Mit der "Gesellschaft" gemeint war die EXPO Vienna AG, die zu diesem Zeitpunkt noch gar keine richtige AG war, gehörte sie doch noch je zu Hälfte der Stadt Wien und dem Bund und liefen doch gerade erst die Verhandlungen mit den österreichischen Banken, die so gerne ihren Teil des Kuchens haben wollten — und dann auch bekamen. Auch der Name Nomura tauchte damals erstmals auf. "Die 'Japaner' haben ihr Interesse an der Gestaltung Wiens angemeldet."

Ende Oktober sah dann alles schon ein bisschen anders aus: Die Stadt Wien hatte gerade die Anteile des Bundes übernommen, um die Privatisierungsverhandlungen mit den sogenannten privaten Investoren (denn CA oder Länderbank oder Z... können wohl kaum als Private bezeichnet werden) besser führen zu können. Denn ein Partner alleine verhandelt eben besser. Und Mayr konnte dann auch gleich sein Finanzierungskonzept vorstellen: Eine Bankengruppe unter Führung von CA und Z übernimmt einen großen Teil der Aktien von der Stadt und darf dafür die Grundstücke bei der UNO, am Nordbahnhofgelände und am Asperner Flughafen bebauen und nachnutzen. Schon damals dachte Mayr offensichtlich daran, daß die EXPO eventuell nicht stattfinden könnte. Für diesen Fall sah er in seinem Konzept einen Grundstückspreis von 20000.- Öschis pro qm der 400000qm großen Flächen vor.

Mitte Dezember 1990 stand es dann fest: Tokio an die Donau!!!

Die Nomura Securities Ltd./Tokio hat nicht nur Interesse an Wien, sondern ist auch bereit sich das eine Stange Geld kosten zu lassen. Nomura steigt mit 20%iger Beteiligung in die EXPO-Betriebsansiedlungsgesellschaft ein, was 1,25 Milliarden Öschis kostete. Diese Betriebsansiedlungsgesellschaft ist zuständig für die Nachnutzung der

EXPO-Gelände, für deren marktwirtschaftliche Verwertung. In weiser Voraussicht wurden diese beiden Funktionen bereits frühzeitig getrennt: Die Expo AG splittete sich in eine Durchführungs- und eine Nachnutzungsgesellschaft. Zweitere ist dann bekannt geworden unter dem hochtrabenden Namen "Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donaauraum" — kurz WED. An dieser also beteiligte sich Nomura zu 20%. Zudem hatte die Nomura-

Da durch den Fall des Konzeptes EXPO '95 noch lange nicht die 2. Wiener City und die damit verbundene Umstrukturierung von Stadtteilen gestorben ist, bleibt es weiter notwendig sich gegen die Nachnutzungskonzepte seitens der Stadt, der Banken und multinationaler Konzerne zu stellen. Darum

**2. Anti-Umstrukturierungs-Sonntagsspaziergang
am Sonntag, dem 2. Juni 1991 um 15h
U-Bahn-Station Kaisermühlen**

**mit Infos zu den Auswirkungen einer 2. Wiener City auf
Bevölkerung, Bezirksstruktur, Wohnsituation...**

Gruppe auch vor, sich an der EXPO selbst zu beteiligen. Diese Beteiligung war jedoch nie eine Bedingung des Vertrags. Nomura beteiligte sich "weil wir an der Stadtentwicklung teilhaben wollen" (Yoshiki Hashimoto, Geschäftsführer Nomura Österreich). Hauptsächlich geht es Nomura um die Nachnutzung "reichend von der Finanzierung, der finanziellen Strukturierung, der Planung und Entwicklung des zweiten Stadtzentrums, sowie der Vermarktung der Büroflächen und des Industrieraumes bis zur Beratung" wie es in dem Ende 1990 gemeinsam mit der Stadt erstellten Papier heißt.

Offiziell gegründet wird die WED erst Anfang 1991. Sie bekommt das gesamte Kapital der EXPO Vienna AG übertragen, ist also deren 100%ige Eigentümerin.

An der WED sind beteiligt: zu 52% Die österreichische Bankengruppe, bestehend aus CA; Z; RZB; Erste, GZ, Länderbank, BAWAG; Städtische- und Bundesländerversicherung, zu 20% Nomura und zu 10% die Stadt Wien über die Wiener Holding. Die restlichen 18% wurden in der Hoffnung reserviert, daß sich noch weitere ausländische Investoren finden. Gedacht waren an je einen US- und einen Westeuropäischen

Konzern. Da sich diese dann aber nicht in Wien einfinden wollten, wurden diese 18% auch noch der Bankengruppe übertragen, mit der Auflage, Investoren dafür zu suchen.

Tja, und jetzt hat das Volk aber einfach entschieden, daß es gar keine EXPO nicht will — und das auch noch so deutlich, daß es da für die Mayrs, Zilks (dessen "Idee die EXPO ja eh nie war") und Swobodas kein Vorbeikommen gibt — könnten wir glauben. Aber so gutgläubig sind wir nun einmal nicht — und so groß schien das Vertrauen ins Volk auch nicht gewesen zu sein, als daß ein Mayr bereit gewesen wäre, ihm (dem Volk) wirklich Entscheidungsbefugnisse zu geben. Es scheint vielmehr, das er genau an den nun eingetretenen Fall gedacht hat, als er sagte, "der Aushub (des Mülls) ist kein Startschuß für die EXPO, sondern eine Baureifmachung für die EXPO oder eine andere Nutzung...". Und so ist es denn auch so vorgesehen worden, daß die WED im Falle einer Absage der EXPO — aus welchem

Grund auch immer — das Weltausstellungsareal auch ohne EXPO "betreiben" solle.

Das scheint auch die heimische Bauindustrie sehr genau zu wissen und macht sich überhaupt keine Sorgen wegen der EXPO-Absage. Alexander Demblin, Konzernsprecher von Porr, meinte etwa nach dem Ergebnis der Volksbefragung: "Auch ohne EXPO gibt es einen Bau-Boom." Und noch direkter der Bauindustrielle Maculan: "Außerdem wird die städtebauliche Entwicklung fortgeführt." Mit der Überplattung der Donauuferautobahn, der Verbauung des Nordbahnhofes, dem Ausbau der Infrastruktur hätte die Bauindustrie genug zu tun. (Kurier 18.5.91)

Das Volk durfte also abstimmen, ob in Wien ein halbes Jahr lang ein Riesenrummelveranstaltet wird. Die wesentlichen Fragen der Umstrukturierung im Rahmen des "Projektes Wien an die Donau", der 2. Wiener City, hatten mit der Befragung ganz offensichtlich nichts zu tun. Die EXPO ist gestorben — es lebe die Nachnutzung?

Jetzt gilt es auch diese zu verhindern — eine Volksbefragung wird es darüber aber sicher nicht geben!!!

Wir haben's geschafft! (Uff!)

Seit Anfang des Jahres sitzt der papierTIGER auf seiner neuen Adresse und freut sich schon auf Dein Kommen. Damit Du recht bald kommst, hat er eine kleine Überraschung: Ein Notizbuch mit 200 Seiten. Gratis. Dieses Inserat ist Dein Gutschein.

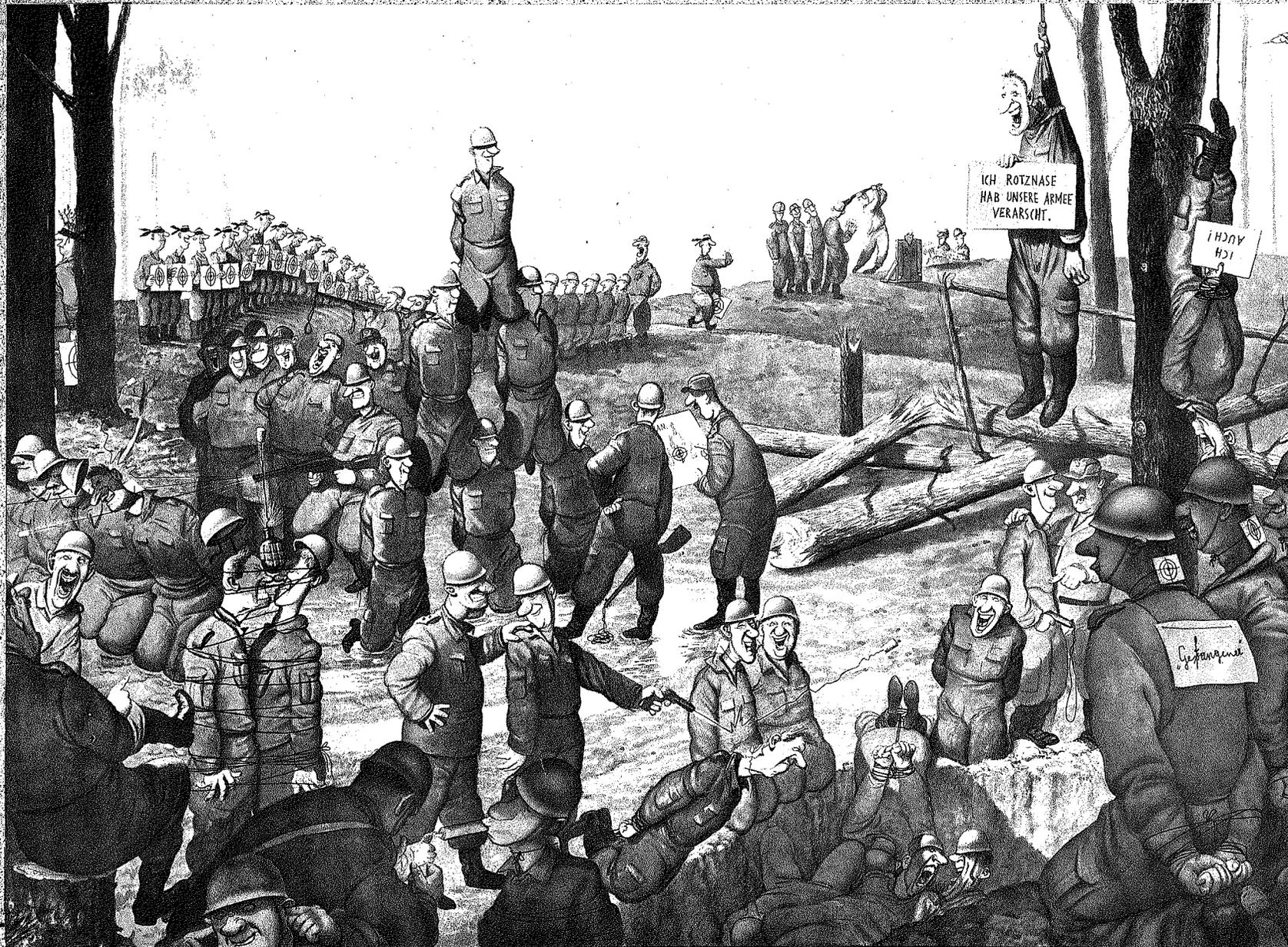
papierTIGER

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

WIR

SCHLAGEN

ZURÜCK



UNTER
FREUNDEN

HERRSCHT

SPASS.

LACHEN, WO ANDERE
NICHT MEHR KÖNNEN



UNSER HEER

INITIATIVE

ÖSTERREICH

OHNE

HEER

EIN ENDE DEN ARMEEN!

Die Initiative "ÖSTERREICH OHNE HEER" wurde im Frühjahr 1990 als unabhängiges Personenkomitee gegründet. Der Verlust des gut genährten Feindbildes "Osteuropa" und der sensationelle Erfolg der Schweizer FreundInnen, die mit einer Volksabstimmung "Für eine Schweiz ohne Armee" immerhin 36,8% ihrer Landsleute für die Armeeabschaffung gewannen, gaben den endgültigen Anstoß zur Gründung unserer Initiative. Als konkreter Entmilitarisierungsschritt soll Heeresabschaffung denkbar und durchgesetzt werden. Mittels der österreichweiten Unterschriftensammlung wollen wir für die gewünschte Volksabstimmung die Basis schaffen. Die Unterschriften werden im Herbst 1991 mit viel "Wirbel" eingereicht.

Durch Diskussionsveranstaltungen, Arbeitstage in Schulen, Infotische und vieles mehr werden wir unsere Anliegen einbringen.

"Österreich ohne Heer" versteht sich als Teil der, die nationalen Grenzen überwindenden, Bewegung für ein "Europa ohne Armeen".

Kriege lösen keine Konflikte. Gerade jetzt, da mit dem Golfkrieg der "gerechte" und "notwendige" Krieg unter den Herrschenden und in Teilen der Bevölkerung wieder salonfähig wurde, müssen die Wurzeln dieses Wahnsinns freigelegt und angegangen werden. Ein Blick auf die Situation im Nahen Osten erschüttert die Kriegslöge bis an die "Grundfesten". Die Initiative "Österreich ohne Heer" hat aktiv in der Aktionseinheit für eine friedliche Lösung der Konflikte im Nahen Osten mitgearbeitet.

Es zeigt sich wiederum, daß die Rüstungsindustrie einer der Hauptgewinner des Krieges ist. Auf internationalen Messen sorgen die "neuen kriegserprobten" Waffen für reges Interesse. Militärbudgets werden aufgefüllt und im Sozialbereich wird gekürzt. Krieg und Militär zahlen allemal die Ärmsten. Wir fordern den sofortigen Ausstieg Österreichs aus der Rüstungsindustrie!

Das österreichische Bundesheer versucht krampfhaft neue Legitimation für seine Existenz und die enormen Summen die es alljährlich verschlingt zu finden. Als Bedrohungsszenarien werden Nationalitätenkonflikte in Jugoslawien, der UdSSR, und der CSFR heftigst "eingefordert". In diesem Zusammenhang werden wir gemeinsam mit der Initiative

"Slowenien ohne Armee" am 31. Mai 1991 (siehe Veranstaltungskalender) die Bedrohungsszenarien kontroversiell mit Militärs diskutieren.

Den wohl unmenschlichsten und zynischen Versuch Anerkennung rückzuerobern stellt der "Assistenzeinsatz" des Heeres an der österreichischen Ostgrenze dar. Für die Kleinigkeit von ungefähr 130.000,- Schilling pro abgehaltenen Menschen wird auf dem Rück-

gehen von Notleidenden scheinbare Existenzberechtigung prolongiert.

Ausführlicher und umfassender könnt ihr Euch mit dem im Herbst 1991 erscheinenden Österreich-ohne-Heer-Buch (siehe Inserat) auseinandersetzen.

Bleibt noch zu sagen, daß wir dringend auf Eure Mitarbeit und finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

SPENDENAUFTRUF

Die Abschaffung des Bundesheeres braucht nicht nur viele aktive MitarbeiterInnen, sondern auch Geld:

- Spenden
- Friedenssteuer

BAWAG 3210 - 768 - 636 BLZ 14000

Armeeabschaffungswein



Den Armeeabschaffungswein gibt es in derzeit 7 (sieben) erlesenen Sorten: ein Muß für jeden Weinkeller. Weinkarte anfordern!

Kein Fest ohne Armeeabschaffungswein - ein Belegungsmittel für Feste, Parties, Familienfeiern: sorgt für Stimmung und Diskussion!

Initiative "Österreich ohne Heer"



Initiative betreffend: Für ein Österreich ohne Heer. Ich bin für die ersatzlose Abschaffung des österreichischen Bundesheeres und für eine aktive, gewaltfreie Friedens- und Neutralitätspolitik. Darüber fordere ich eine Volksabstimmung."

Name	Anschrift	Geb. Dat.	Unterschrift	Datum

Rücksendetermin: spätestens 26. Oktober 1991

Salto mit links.

Ein neues Blatt, ein interessanter Vorschlag: 32 Seiten Politik, Kultur, Gesellschaft zum Kennenlernen. Gratis. Mit diesem Gutschein. Bis 31. Mai 1991. In Ihrer Trafik. Oder direkt bei Salto, Höchstädtplatz 3, 1206 Wien.

Name:

Adresse:

Stempel der Trafik

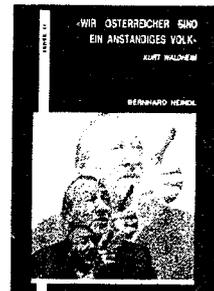
"WIR ÖSTERREICHER SIND EIN ANSTÄNDIGES VOLK"

Kurt Waldheim

Diese Untersuchung richtet sich nicht darauf, was Waldheim "getan" hat, sondern auf seine Aussagen dazu. Sie fragt nach deren Folgen für das politische Klima des Landes.

Heindl's Arbeit nimmt Waldheim beim Wort, weil der öffentlichen Sprache die Bedeutung gegeben werden muß, die ihr für das Funktionieren und das Wesen einer offenen Gesellschaft zusteht.

190 Seiten,
14x21 cm ÖS 198,-



sandkorn - Bücher

in jeder Buchhandlung

Kritik am Heer und Militarismus in Österreich

Beiträge zu den Heeresnachrichtendienst, der NATO-Orientierung österr. Militärpolitik, Ursachen und Formen des Militarismus, einer kurzen Geschichte des Widerstandes gegen das österr. Bundesheer und vieles andere mehr.

Erscheinungstermin: Oktober 91
ca. 200 Seiten ÖS 150,-

Subskriptionspreis: ÖS 120,-
Bestellung mit umseitigen Kupon

ver-
HEER-
end

Kritik am Heer und Militarismus in Österreich
Mit Beiträgen von:
Krippendorff,
Werlhof,
Figl,
...

VERANSTALTUNGSKALENDER

○ **Slovenien ohne Armee:** 31. Mai 1991 – 19.30 Uhr

Podiumsdiskussion mit

- * Dušan Plut (Grüne-Slovenien)
- * Vlasta Jalusič (Slovenien ohne Armee)
- * Wehrpolitisches Büro des BM f. LV
- * Peter Michael Lingens (Journalist)

Albert - Schweitzer - Haus,
9, Schwarzspanierstraße

○ **Friedenssymposium:** 25. Mai 1991 Beginn 9.30 Uhr

9.30 Uhr: "Die Rolle Österreichs in der
Neuen Welt-UN-Ordnung"

11 - 18 Uhr (mit Mittagspause): **Diskussion in drei Foren**

○ **SOLI-FEST "ÖSTERREICH OHNE HEER"**

Donnerstag 4. Juli 1991; 20 Uhr

Ort: Ausstellungsraum 1020 Wien;
Obermüllnerstr. 5; 1020 Wien.

Kabarett: Franz Hütterer (Fiasko)

Lesungen: Christian Luksch liest Borchert
Georg Friesenbichler und Helmut Lindner (Klavier)
"Berichte eines Fremden"

Musik: *live music* u.v.a.

Buffet und Armeearbeitsweine!

○ **Unsere Treffen:** Mittwochs 18.00 Uhr,
Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien

22. Mai, 5. und 19. Juni

Kontaktadressen:

ÖSTERREICH

OHNE

HEER

Wien: 1010, Schotteng. 3a/1/4/59

Tel.: 533 12 38

Graz: 8020, Paulustorg. 3/1

Tel.: 82 54 88

Salzburg: 5020, Mühlbacherhofweg 5

Tel.: 84 86 414

Vorarlberg: 6845 Hohenems

Roseggerstr. 3

Tel.: 055 76/ 37 77

Tirol: 6021 IBK, Postfach 705

Oberösterreich: 4010 Linz

Kapuzinerstr. 49

Tel.: 27 10 94

BESTELLISTE

* Stk Unterschriftenlisten "Für ein Österreich ohne Heer"

➡ * **Armeearbeitswein - Hauszusendung**
ab 6 Flaschen

Sonst in den Büros der Initiative

..... Stk Pfaffstettner Zweigelt	(rot)	40.-(3.-)
..... Stk Pfaffstettner Goldberg	(weiß)	40.-(3.-)
..... Stk Tafelwein Herrnbaumgarten	(rot)	40.-(3.-)
..... Stk Grüner Veltliner	(weiß)	40.-(3.-)
..... Stk Cuvee Noblesse	(rot)	50.-(3.-)

➡ * Stk Armbanduhren "Es wird Zeit für ein
Österreich ohne Heer" 300.-

➡ * Stk Bücher "Österreich ohne Heer",
siehe umseitige Anzeige 150.- bzw. 120.-

* Stk T-Shirt "Für ein Österreich ohne Heer"
grau oder weiß 100.-

➡ * Stk Aufkleber "Für ein Österreich ohne Heer" 5.-

➡ * Packungen á 3 Stk Kondome
"Keine neuen Soldaten für unser Heer" 20.-

* Stk "Vom Ende einer österreichischen Institution" 50.-

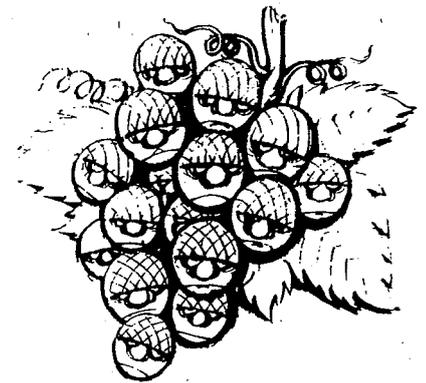
* Stk Golfkrieg - Broschüre "UN-Ordnung" 40.-

* Stk "Alternativen zur Sicherheitspolitik" 30.-

* Stk "ZAM Sondernummer Österreich ohne Heer" 30.-

Unterschrift _____ Ort, Datum _____

Adresse _____



**KEINE neuen
Soldaten**

für „Unser Heer“



KONDOME

3 Stück Feucht Spende 20,- ÖS
Haltbar bis 4/93

GEGEN EIN EUROPA DER HERRSCHENDEN - BAUEN WIR EIN EUROPA DER BEWEGUNGEN AUF VENEDIG; 7., 8., 9. JUNI INTERNATIONALER KONGRESS

Seit 1983 besteht die nationale Antinukleare und Antiimperialistische Koordinationsgruppe (Coordinamento Nazionale Antinucleare Antimperialista, C.N.A.A.). Sie entstand mit dem Bewußtsein der Notwendigkeit, mit der Geschichte und der Erfahrung der *antagonistischen* (=fundamentaloppositionellen) Bewegungen, insbesondere der *Autonomia Operaia* (Arbeiterautonomie), einer politischen veränderten Situation zu entsprechen.

Sie versteht sich aber weder als ideologische Synthese, noch als vertikale Zentralorganisation aller Gruppen, Komitees, centri sociali. Sie will Koordinierungsfunktion wahrnehmen, und versteht sich als Begegnungsort im Sinne einer permanenten Vollversammlung. Sie versteht sich als grundsätzlich außerinstitutionell, und politische Mittel sind: direkte Aktionen und die Schaffung von (von den Institutionen, Parteien, Gewerkschaften) unabhängigen Strukturen (*autorganizzazione*). Unsere Mühe gilt dem Bestreben, eine ständige theoretische Auseinandersetzung mit konkreten Initiativen zu verbinden.

Einige Themen seien erwähnt: landesweite Kampagnen gegen den Knast, die Folter, Verwahrungs- und Vernichtungsinstitutionen, gegen Atomindustrie, Imperialismus, NATO-Basen, Besetzungen von autonomen Zentren und Häusern, und schließlich autonome Organisationen außerhalb der Gewerkschaften. Im Nuklearbereich konnte ein wesentlicher Erfolg gezeitigt werden: zwei Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl konnte in einer Volksabstimmung ein gewaltiger Sieg über die Nuklearindustrie errungen werden — und daran war wesentlich die C.N.A.A. beteiligt.

Kampfformen sind: direkte Aktion, Camps, Demos, Boykott — das sind grundlegende Kämpfe, hier versuchen wir, unsere geschichtlichen Erfahrungen weiterzuentwickeln.

Wir haben ein Netz von unabhängigen linken Radios, wir beginnen, ein Mailboxsystem aufzubauen, und wir geben eigene Zeitschriften heraus.

Im vergangenen November haben wir einen Kongress abgehalten, dessen Hauptthemen "Die neue Weltordnung", "Nato" und "Europa 92" waren. Bei der Abschlusdiskussion entstand die Idee eines internationalen Kongresses.

Wenn wir ein Europa der Bewegungen aufbauen wollen, dann ist es wichtig, daß wir einander unsere jeweiligen Erfahrungen und Kampfstrategien mitteilen. Denn es ist spät, wir sind gegenüber den Entwicklungen in Europa etwas im Hintertreffen. Wir fragen uns: Was für eine Funktion werden künftig die EG, die NATO, die Westeuro-

päische Union und andere übernationale Organisationen einnehmen? Was bedeutet der Golfkrieg, und die Integration der östlichen Länder? Was bedeutet die Vereinigung der Märkte, der Kapitalien, der europäischen und außereuropäischen Arbeitskraft, was bedeutet die Nord-Süd-Beziehung? Bei der Behandlung aller dieser Fragen wird man leicht sehen, daß man, wenn man bloß von der einzelstaatlichen Optik ausgeht, keine Antwort erhält. Ab sofort ist es erforderlich, Erfahrungen, Kenntnisse, Kampfinstrumente zu sammeln und auszutauschen, zumindest auf europäischer Ebene.

Verlauf. Am 1. Tag, den Freitag den 7. Juni, Eröffnung und Beginn eines zentralen Plenums, das parallel zu den spezifischen Arbeitsausschüssen läuft. Auf diesem Plenum treten als Referenten auch VertreterInnen von Befreiungsbewegungen auf. Die Arbeitsgruppen beginnen am Samstag, den 8. Juni. Am Sonntag, den 9. werden die

Resultate der einzelnen Arbeitsgruppen vorgestellt, sowie Aktionsvorschläge.

Während des Kongresses gibt es gleichzeitig ein Angebot von Büchern, Videos und Platten. Der Kongreß wird live im ganzen Veneto (Region Venetien), und mit zeitlicher Verschiebung über die anderen Freien Radios übertragen.

Anmeldungen:

Radio Sherwood,
vicolo Pontecorvo 1
I-35100 Padova
Tel.: 049-8752129
Fax: 049 664589
Modem 049 8756112

Wer näheres zum Kongreß lesen möchte — Vorschläge zur Strukturierung der Arbeitsgruppen, Berichte über den italienischen Widerstand — kann bei uns die übersetzten Unterlagen bestellen (*nur gegen Rückporto im Kuvert!!*).

Also wer hätte denn das gedacht? Haben wir doch tatsächlich eine handschriftliche Zuschrift der RAF erhalten, welche wir nunmehr, wie folgt, zum Abdruck bringen:

Wien, am 15. Mai 1991

Werte GenossInnen!

Voll Freude erlauben wir uns bekanntzugeben, daß die Initiative **Radfahren Am Freitag** am 7. Juni ihr 1-jähriges Bestehen feiert. Ort der Festivitäten wird der Architektursaal der Technischen Universität Wien, Karlsplatz 13, Stiege 4, 3. Stock, sein.

Berühmte KünstlerInnen wie der A4-Basischor, die "Zecken" und vielleicht sogar die (wunderbaren; Anmerkung des Tipplers) B.O.R.B. werden spielen. Weiters gibts Videos von den schönsten Raddemos, eine Ausstellung ("kill the cars", die schönsten Strafmandate etc.) und Tanzmusik bis der Morgen grauet (+ Trinken + Essen, eh klar).

Einlaß: 20 Uhr

Kommt alle Massenhaft!!!

Und bitte, kündigt das Fest im TATblatt (und sonst) möglichst groß an....

Vielen Dank, Bussi

RadfahrerInnen Am Freitag

Was somit geschehen ist.....

PS: Das Original ist — wie immer — natürlich im Ofen gelandet. N

SUBICAJON!
WENN 50. MAL (MONTAGELISTE, ENGLISCH)
31.5.91
FRITAG 16h
KARLOS MARX PLATZ



“ Springen ohne Gummiseil....!” Ein Abend mit dem Landeshauptmann

(TATblatt Wien)

Mittwoch, 8. Mai, so gegen halb neun Uhr Abends. Eine Veranstaltung der Freiheitlichen Studenten Initiative (FSI), ehemals “Ring Freiheitlicher Studenten”(RFS). Der Führer von Volk (Abteilung Kärnten) und Partei (Abteilung freiheitlich) höchstpersönlich war angekündigt zu sprechen. Oder auch nicht.

Die ersten Wickel gab's schon Vormittags. Ein als Student verkleideter Wäscheschrank verteilte Zeitschriften vor dem Hauptgebäude der Uni-Wien. “Identität” hieß die Zeitschrift, herausgegeben vom Grazer “Aula”-Verlag. Dieser Verlag hat es mit seinen Publikationen zu etlichen Zitaten im Buch “Rechtsextremismus in Österreich nach 1945” gebracht.

Und auch die “Identität” kann sich lesen lassen — von rechts aus, natürlich — und liefert den geneigten LeserInnen gleich Name und (vermeintliche) Adressen von AktivistInnen des “Revolutionsbräuhs” mit: Viel-

leicht zur gefälligen Überprüfung — und unter dem Motto: vergeßt bitte nicht, ein bisschen aufzuräumen, wenn ihr ihn besucht (oder was?).

Einigen Linken blieben die FSI-Aktivitäten nicht verborgen. Sie sorgen prompt für Verbreitung der “Identität”, insbesondere über den Gehsteig der Universitätsstraße.

Abends dann: “Mei Freind is a Kärntner, der hotn Jörgl no nie gsehn, weu waun der wohin kummt, is des Gosthaus glei vui.”

Dies'mal jedenfalls hatte der Freund eine faire Chance gehabt. Zumindest sehen hätte er “den Jörgl” können: So gegen acht ist das Auditorium Maximum schütter besetzt. Nur wenige treten im traditionellen Nazi-outfit an. Viele sind wohl “Haider-Schauen” gekommen; die relative Mehrheit jedoch hat anderes im Sinn.

Haider betritt den Saal — und kommt gleich gar nicht zu Wort: Die Lautsprecheranlage ist zu schwach — die Stimmbänder der Haider-GegnerInnen strapazfähiger. “Nazis raus”-Sprechchöre verhindern, daß Haideres Wort ankommt. Der größte Teil derer, die “Haider-Schauen” wollten, verlassen binnen Minuten den Saal.

Haider gibt nicht auf. Obwohl kein Wort ankommt (auch in der ersten Reihe nicht), setzt er seine Mundverrenkungen fort. Zu billig mag ers den GegnerInnen nicht geben. Aber keine zehn Minuten dauert seine “Ansprache”. Dem dux carintiae (Führer Kärntens) wird ein Megaphon gereicht: “Hat wer Fragen, will wer was?”

“Das nächste Mal soll das Gummiseil reißen!” Sprechchöre: “Springen ohne Gummiseil, Springen ohne Gummiseil.”

Es sieht fast so aus, als wollten die Anwesenden Haider dazu bewegen, nochmal von der Autobahnbrücke zu springen, aber eben ohne schützendes Gummiseil.

Nach zwanzig weiteren Minuten Mundverrenkungen (allerdings nicht mehr sichtbar, weil hinter Megaphon versteckt) wird Haider dann doch zu blöd, er geht von dannen. Selbiges ist Startschuß für Racheaktionen: Einige GummiseilgegnerInnen werden von bewaffneten Nazis attackiert, von Verletzten ist uns jedoch nix bekannt. Ein weiterer Beweis dafür, daß an diesem Abend die Parole mehrheitsfähig war: “Springen ohne Gummiseil.....”

HETZENDORF — wieder 14 FESTNAHMEN

Bilanz der letzten zwei Wochen: 14 Festnahmen und ein Gipsarm

(TATblatt Wien)

Zwei Wochen sind vergangen seit die Polizei das besetzte Areal in Hetzendorf (Wien 12) geräumt hat. Seit dieser Zeit wird dort unter Polizeischutz vermessen und gegraben — doch der Widerstand geht weiter! Immer wieder gelang und gelingt es AktivistInnen mit kleineren und “größereren” Aktionen die Aushubarbeiten zu behindern bzw. zum Stillstand zu bringen. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt, ob zu Fuß oder mit dem Rad, ob bei Tag oder bei (Vorsicht vor bissigen Hunden — die Bewachungsfirma Dr. FRISCH hat dort nämlich 3 + Zubehör postiert).

Mittlerweile ist auch bekannt, wo die Transportfirma HUBER die ausgehobene Erde hinbringt — und zwar zum WIENERBERG (Wienerbergerstr. Einfahrt vor der Krankenversicherungsanstalt) wo zur Zeit ein Golfplatz errichtet wird, auf einem Gelände, das früher der Allgemeinheit zugänglich war und wo in Zukunft nur mehr Bonzen und andere Systemdiener Ruhe und Entspannung vom “Stress” des täglichen Unterdrückens und Ausbeutens finden werden.

Um jedoch auch in den, an sich schon Arbeits- und Sorgenfreien Alltag der sogenannten BerufsdemonstrantInnen etwas Abwechslung und vor allem “Würde” zu bringen, konnte “unser” allseits beliebter Bürgermeister (Name d. Red. bekannt) gnadenhalber einen Termin (sprich: ein wenig seiner kostbaren Zeit) für eben jene Störenfriede und notorischen Volksschulverhinderer einrichten. Wer sich davon nichts erwartet hat, der wurde auch nicht enttäuscht. Im Beisein von Smejkal und Swoboda hat er dann auch wie gewohnt und seiner Amtsauffassung entsprechend reagiert, und zwar hat er ohne auf die Argumente der BI Hetzendorf einzugehen ein dubioses “Ersatzgrundstück” (das niemand will und verlangt hat) angeboten, nämlich einen Teil des Schloßgartens von Hetzendorf — ungeachtet dessen, daß dort eine Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten (in dem bislang der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Park) Lebensraum gefunden haben.

Bedauerlicherweise ist die Chance eines längeren Aufenthaltes im Rathaus nicht genutzt worden

Das sog. Angebot wird selbstverständlich abgelehnt und der Widerstand fortgesetzt!!

Kontakte & Infos: 402 69 55

Es ist wichtig daß soviele Leute wie möglich nach Hetzendorf kommen — der WIDERSTAND beginnt im kleinen, wozu auf Großprojekte warten??

KOMMT ZAHLREICH !!

KEINEN METER FÜR GEMEINDE & BAUMAFIA !!!

ANTIFA AUFNAHER !!

In den Farben:

Schwarz-Rot
Schwarz-Weiß
Weiß-Rot

Motive:

GEGEN NAZIS (siehe Abb.)
GEGEN SKINS



Pro Stück 15 öschis
+ 5 öschis Porto
Bestellungen ab 3 Stück erwünscht

Post bitte nur im doppelten Umschlag
äußerer Umschlag: TATBLATT
Gumpendorferstr. 157/11
1060 Wien

innerer Umschlag: ANTIFA WIEN

Ein Antifa Reader kommt bald!
Wir brauchen noch:

Spenden, Infos, Mitarbeit....

Zerschlagt die NAZIBANDEN !!!

ANTIFA Wien

“Kriegsverherrlichung” — 1 Jahr bedingt!

(Nicht ganz)

(M.W.)

Am 8. Mai fand vor dem Bezirksgericht Innsbruck die Hauptverhandlung gegen Prof. Dr. Eberhard Steinacker als Beschuldigten wegen 125 StGB (Sachbeschädigung am 01.02.91 im Büro der “Tiroler Tageszeitung”, Bozenerplatz 3, (Innsbruck) statt.

Was war geschehen? Dr. Eberhard Steinacker, Jahrgang 1907, herausragende Figur in der Anti-Kriegs-Bewegung, vorbildhafter Kämpfer für den Erhalt der Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs, betrat am 01.02.91 gegen 16h das Büro der TT, Boznerplatz 3, in der Absicht, dort eine mäßige Sachbeschädigung zu verüben. Zunächst kaufte er die Nummer der TT vom 29.01.91, zahlte und sagte dann dem Fräulein (welches Männlein hat das wohl verfaßt? Anm.d.Tipperin) hinter der Theke: “Bitte erschrecken Sie nicht, es folgt noch ein Hammerschlag als Draufgabe.” Darauf nahm er den mitgebrachten Hammer aus der Aktentasche und beschädigte die Resoplatte eines Lesepultes am Fenster geringfügig, aber immerhin deutlich sichtbar. Bei dem zweiten Schlag trennte sich der Eisenstiel des Hammers vom Stiel, durchschlug in der Höhe von ca. 60 cm die große Auslagenscheibe und blieb auf dem Gehsteig liegen.

Als man ihn zur Rede stellte, sagte Steinacker: *Der Artikel der TT vom 29.01.91, S.1 unten, ist eine kaum verhüllte Verherrlichung des Krieges, die es verdient, gebrandmarkt zu werden. Sie zeugt von einer intellektuellen Perversion und einer moralischen Verrohung, die nicht hingenommen werden kann. Normalerweise geht man, wenn jemand etwas Abscheuliches tut, sagt oder schreibt, zu ihm und spricht mit ihm, sucht die Sache zu klären und dadurch zu bewirken, daß er solche Dinge nicht mehr tut, sagt oder schreibt. Bei der TT ist dieses Verfahren leider nicht möglich; sie ist für gewöhnliche Sterbliche nicht zu sprechen. Daher habe ich keine andere Möglichkeit gesehen, als mit Hilfe von Polizei und Justiz zu einem Gespräch mit der TT im Gerichtssaal zu gelangen. Wie wäre dies ohne strafbare Handlung möglich gewesen?*

Da die Sachbeschädigung das Ausmaß von 25.000 Schilling knapp unterschritt, wurde sie am Bezirksgericht verhandelt. Prof. Steinacker, der sich schuldig bekannte, legte vor Richterin Dr. Strele seine Beweggründe dar: Während des Dritten Reiches war ich unfähig zum Widerstand und schäme mich noch heute dafür. Als 1990 das Gespenst des dritten Weltkrieges auftauchte, sagte ich mir, “diesmal wirst du im

Rahmen deines Einflußbereiches gegen fahrlässige, leichtfertige, zynische Verharmlosung des Krieges mit allen Mitteln dich zum äußersten wehren. Dieser Tatbestand war mit dem Artikel vom 29.1. gegeben.” Der Beschuldigte führte dann aus, daß er die Tat “drei Tage erwogen, geplant, vorbereitet und durchgeführt” habe. Zweck seiner Handlung sei es gewesen, “ein öffentliches Gespräch mit oder über die TT” herbeizuführen.

Einen anderen Weg dazu habe er nicht gesehen. Um eine milde Strafe könne er nicht bitten, er werde “dem Gericht dankbar sein, wenn das Urteil der Verhältnismäßigkeit entspricht”.

Eine Zeugin aus dem Büro der TT bestätigte Steinackers Aussagen bezüglich des Tatherganges.

Die Bezirksrichterin sprach Prof. Steinacker schuldig und verurteilte ihn zu 20 Tagsätzen a 600 Schilling auf 1 Jahr bedingt. Sie billigte dem Angeklagten “lautere Motive” zu, meinte aber etwas weltfremd, “es gäbe in der Demokratie andere Möglichkeiten”. Auf eine Diskussion mit dem Angeklagten darüber, welcher Art diese seien, ließ sie sich nicht ein.

Steinacker nahm das Urteil an. Er hat auch die Gerichtskosten von Schilling 300.- zu tragen.

Anmerkung: Freunde des Angeklagten hatten u.a. ORF, Kurier, Profil AZ vom Prozeßtermin in Kenntnis gesetzt. Kein Medium berichtete auch nur mit einer Silbe darüber. Angesichts solcher Komplizenschaft braucht der TT auch in Hinkunft nicht bange zu sein. ●

Die meisten schönen Schuhe sind nette kleine Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA

Gehen Sitzen Liegen

1080 WIEN, Haini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626
1010 WIEN, Himmelpfortgasse 26, Tel. 512 19 67

STADTTEILZENTRUM
Ottakring
BOZNERPLATZ 3 / BLUMBERGGASSE
A-1180 WIEN

Veranstaltet am
Sa. 25.5.91

ein

STRESSENFEST

ab 14h

im

B.A.C.H.

Ecke Bachgasse / Blumberggasse

gemeinsam mit:

ISSW
TABLATT

MITEINANDER
LERNEN
Bildungsjahr mit ...
Freizeit



ISSW
TABLATT

gemeinsam mit:

Ecke Bachgasse / Blumberggasse

B.A.C.H.

im

STRESSENFEST

ab 14h

ein

Sa. 25.5.91

Veranstaltet am

STADTTEILZENTRUM
Ottakring
BOZNERPLATZ 3 / BLUMBERGGASSE
A-1180 WIEN

ÄTSCH WIR LEBEN NOCH

(Tatblatt Graz — Autonomes Frauenzentrum)

Am Donnerstag, dem 18. April, wurde der Freiraum, den wir Frauen uns geschaffen haben, wieder zerstört!! Um halb 9 Uhr Früh standen plötzlich Bullen, Stapos und Bauarbeiter vor und in UNSEREM Haus.

Wir forderten eine Stunde Zeit, um unsere Sachen zu packen. Die Polizei stimmte zu, aber es änderte nix daran, daß sie sofort mit den Abbrucharbeiten begannen: Fenster, Türen raus, Dach abdecken... Die Frauen, die kurz raus gingen (um telefonisch andere zu verständigen, Sachen raustragen,...), wurden nicht mehr reingelassen! Die letzte Frau wurde aus dem Haus hinausgetreten!! Verbale Angriffe, wie "i zah die in Keller, dann wirst es seh'n", "du stinkst", im ganzen Chaos fragte eine Stapotussi "was sagen eure Eltern dazu" usw., kamen die ganze Zeit hindurch.

Am Vortag gab es noch ein Gespräch mit Bürgermeister Stingel, 2 Tage davor waren wir im Landtag, und uns wurde ein Runder Tisch mit SPÖ/ÖVP-PolitikerInnen von Stadt und Land versprochen (noch im April!), gemeinsam mit uns, damit konkrete Standpunkte und Lösungsmöglichkeiten abgeklärt werden können. Es wurde auch versprochen, daß uns kein Haar gekrümmt werde und daß es keine

überfallsartige Räumung geben wird.

VERDAMMT NOCH MAL - innerhalb von ein paar Stunden haben sie unser Haus abgerissen. Weinen und Haß. Und diese feigen Schweine reden von Vertrauen haben zu PolitikerInnen. Miteinander reden (Wahlpropaganda von Krainer) - woaha woaha - sie stellten sich nicht, versteckten sich in ihren Büros und tauchen dann mit ihren verlängerten Schwänzen (Wasserschläuche, Baggerschaufel) wieder auf, um mit männlicher Aggression zu zerstören, Frauenfreiraum zu zerstören, der sie vielleicht in ihrer Macht und Ordnung bedroht.

Hey Frauen, kauft euch das neueste Parfum, geht's ham zu euren Männern und Frauen. Was ist los?! Wir haben anscheinend die Grenze von dem Raum, den Männer Frauen gewähren wollen, überschritten. Heute haben sie uns angegriffen, morgen könnt ihr dran sein. (so wie ohnehin schon viele Frauenprojekte den Existenzkampf

führen müssen)

Frauen, es geht weiter!

Das erste was wir gemacht haben, war eine Demo mit Verkehrsblockade zum nächsten Kaffeehaus, um dort einmal zu frühstücken. Lange haben wir's nicht ausgehalten, (genau so lange, bis die sichtbaren Bullen abgezogen sind). Wir haben gedacht, Straßenbahnfahren macht Spaß - das haben wir dann auch getan: Jede Frau mit einer Tageskarte, mit Transparent außen angebracht, Trommeln, Singen, via Megaphon den MitfahrerInnen erzählt, was so passiert ist. Nachdem uns nach einer längeren Fahrt die Bullen herausholen wollten, haben wir alle 2/3 Stationen die Tram gewechselt - dadurch viele Leute erreicht, die Bullen uns aber nicht.

Danach haben wir unsere Wut noch am Hauptplatz kundgegeben, eine kleine Demo durch die FUZO und das Landhaus (das Tierspital war ein Haus vom Land) - hier stoppte uns die Bullerei: ewig lang Ausweiskontrolle, sie konnten sich am Funk sehr schwer verständigen, weil wir mit Singschwerprovisionen unsere Stimmung auf Hoch hielten. Sie meinten, daß wir nun eine Anzeige wegen Anstandsverletzung und Lärmbelästigung kriegen. Nun je, wenn sie meinen...

Wie es nun weitergeht: die Räumungsklage wurde zurückgezogen (es fehlt wohl die Basis dazu), es laufen Anzeigen wegen Stromklauen und Sachbeschädigung, die STAPO hat einen Teil der Frauen einzeln zu sich geladen (der Einladung sind wir nicht gefolgt). Am 15. Mai wird es einen Runden Tisch geben mit SPÖ und ÖVP-PolitikerInnen von Stadt und Land und uns - wir haben gesagt, daß wir weiterhin trotz dieser feigen und hinterhältigen Aktion bereit sind zu verhandeln.

Wir reden momentan mit recht vielen Frauen aus der "Szene", versuchen darzustellen, was wir wollen, Nicht- bzw. Mißverständnisse zu klären etc. Und nun, nach zwei Wochen Orientierungslosigkeit, Kraftlosigkeit werden wir sicher bald auf andere Weise wieder präsent sein.

AUTONOMES FRAUENZENTRUM BLEIBT! Adresse unbekannt ●

Folgender Text erreichte und jüngst, der sich im wesentlichen selbst erklärt: (das Original mußten wir leider aufgrund des Witterungsumschwungs zum Anheizen des Ofens verwenden)

Haben sie's schon schon gemerkt?

In der Nacht vom 14. auf den 15.5.91 wurden mehrere hundert Wiener Straßen in "Bundesheer Weg!" umgetauft. "Bundesheerweg" oder eben auch "Bundesheer Weg". Wir haben uns für die zweite Variante entschieden.

- Im letzten Jahr mußten über 400 Menschen vor Gericht oder ins Gefängnis, weil sie angeblich Militärgesetze gebrochen haben sollen.

- Im letzten Jahr wurden mehrere tausend Flüchtlinge vom Bundesheer an der Grenze festgenommen und ins Ungewisse zurückgeschickt - ...in die Armut, in die Gefangenschaft oder gar in den Tod.

Bundesheer...das ist vor allem Gewalt, Gewalt gegen Fremde, gegen Frauen, gegen Randgruppen, gegen Andersdenkende...

Heute ist INTERNATIONALER AKTIONSTAG GEGEN MILITARISMUS. Unsere Aktion ist ein Teil davon.

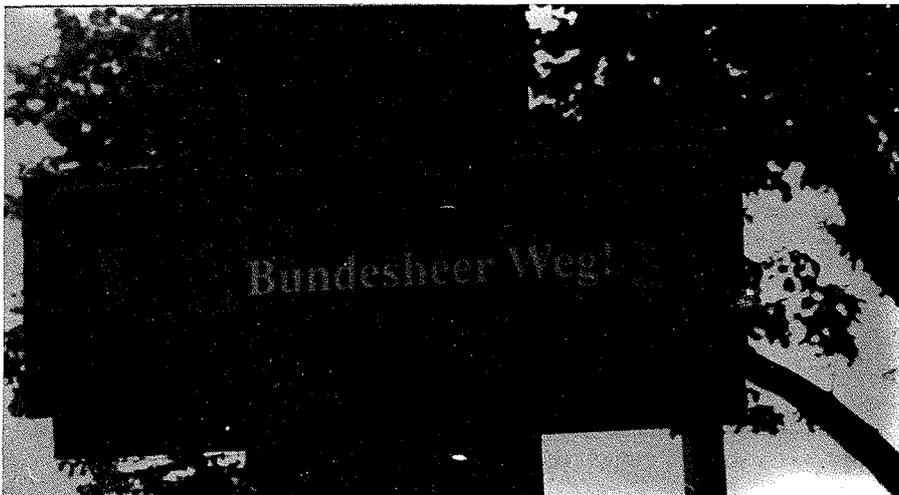
Die Aktionen sind nicht auf unserem Mist gewachsen.

-CSSR 1968: Tausende von Straßennamen werden beschmiert, um den vorrückenden Truppen des Warschauer Paktes den Einmarsch so schwer wie möglich zu machen.

-BERLIN 1. Mai 1989: Die Straßennamen in ganz Kreuzberg werden verklebt, um angereiste Kiberer aus der ganzen BRD am Angriff auf die revolutionäre Mai-Demo zu hindern.

Beide Male hat's geklappt! Und wir wollen zeigen, daß Widerstand gegen Gewalt, soziale Verteidigung und lustvolle politische Aktion auch bei uns möglich sind!

Viele Bussis, Eure ANTIMILITARISTISCHEN PICKERLKLBERIN-NEN



auch nur Gelegenheit zu erhalten, einen Asylantrag zu stellen.

• Welchen es doch gelingt, einen Asylantrag zu stellen, werden zwangsläufig (nämlich per Vordruck) abgewiesen.

• Welche dennoch im Lande bleiben wollen, müssen sich zwangsläufig Repressionen des Heimatlandes aussetzen (Beantragen des Passes mit "Bescheid" in Heimatbotschaft).

• Welche sich davon noch nicht haben abschrecken lassen und daher zu Arbeit und Wohnung gelangen konnten, werden wegen

rechtswidriger Form vorgelegt, bzw die Abschiebung "leider zu spät" verhindert zu haben¹⁾.

Dieser Verwaltungsablauf beinhaltet alle Merkmale faschistischer Verwaltungsabläufe:

• Die Zwangsläufigkeit, mit der Menschen ihre 'Rechte' vorenthalten werden.

• Die 'Legalität' des Verfahrens. Alle wesentlichen Verfahrensteile sind gesetzlich gedeckt.

• Die formalistisch-zynische politische Begründung des Verfahrens (angeblich keine politische Verfolgung in der Heimat; Die Menschen sind 'nur' Wirtschaftsflüchtlinge, daher keine Anwendung der Flüchtlingskonvention).

• Die Verbindung des Verfahrens mit Terror gegen Menschen, die trotz allem auf 'ihr Recht' bestehen (entweder Schubhaft in Österreich oder Vermerkung im Heimatland).

• Die Verbindung des Verfahrens mit rassistischer Propaganda in den Massenmedien und in öffentlichen Verlautbarungen ("gegen Kriminaltourismus" u.ä.).

• Die Anwendung rassistischer Sonderbestimmungen im Verfahren²⁾.

Welche nun einwenden, daß Österreich kein faschistisches Land sein kann, weil wir ja schließlich frei wählen dürfen, keinen Massenmorden ausgesetzt sind usw., argumentiert

1) ziemlich naiv, wenn mensch bedenkt, was mit dem Sicherheitspolizeigesetz so alles auf uns zukommt, wie 'frei' und 'demokratisch' gerade versucht worden ist, mit der wiener Volksbefragung das von den Herrschenden gewünschte Ergebnis zu erzielen oder wie ähnlich geplante Großprojekte der Jetztzeit mit denen der nationalsozialistischen Herrschaftsperiode sind (Wien an die Donau, 2.City, Festung Europa,...); und

2) unhistorisch. Der Faschismus brach nicht am 30.1.1933 ("Tag der Machtergreifung" Adolf Hitlers), hatte eine lange Entwicklungsphase (in Ö z.B. zumindest ab

MAGISTRAT DER STADT WIEN
MAGISTRATSABTEILUNG 48
Wien, 1980
Sozialversicherungsnummer: _____

Frau/Name: _____
Wohnort: Triesterstraße 1230 Wien

DIENSTZETTEL

1) Auf das mit Ihnen mit Wohnsitz vom _____ eingegangene Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien als
 Ausfallbediensteter/In bei der MA 345 - 610
 Saisonbediensteter/In

Ende die Bestimmungen der Dienstvorschrift für Ausfall- und Saisonbedienstete (Bescheid des Gemeinderates vom 7. März 1980, Pt. 2. 502, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 13/1980), in der jeweiligen Fassung, Anwendung.

2) Das Dienstverhältnis wird auf die Dauer eines Monats ab seinem Beginn auf Probe eingegangen.

3) Das Dienstverhältnis endet mit
 Ablauf des _____ 6. 1981
 Beendigung der _____
längstens aber mit Ablauf des _____

4) Beschäftigungsstatus: vollbeschäftigt teilbeschäftigt mit _____ Wochenstunden

5) Der Monatsbezug beträgt 11.084,- S.
Dieser Monatsbezug gebührt bei Teilbeschäftigung anteilmäßig.

6) Sie werden als _____ verwendet.

Zutreffendes ankreuzen
MA 345 - 610 - 1 - 001 - 0012 - 22
Dieses Exemplar ist für den Beoerzeten bestimmt!

Aufenthaltsverbot Seite: 5

H. I. N. W. E. I. S. :

Sollten Sie das Bundesgebiet nicht fristgerecht verlassen, müssen Sie mit der Anwendung von Zwangsmaßnahmen, insbesondere mit der Verhängung der Schubhaft und der Abschiebung rechnen. Überdies haben Sie auch noch die Kosten zu tragen, die hierbei entstehen. Außerdem machen Sie sich strafbar, wenn Sie sich trotz des Aufenthaltsverbotes im Bundesgebiet aufhalten; hierfür können Sie mit einer Geldstrafe bis zu S 10.000,- oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Wochen bestraft werden. Der gleichen Strafe unterliegt, wer einem Aufenthaltsverbot zuwider in das Bundesgebiet zurückkehrt.

Zustellbestätigung:

Vorstehender Bescheid wurde mir durch Übergabe einer Ausfertigung am 15.4.1991 zugestellt. Ich verzichte auf das mir zustehende Rechtsmittel der Berufung.

Unterschrift des Bescheidadressaten

des bestehenden Aufenthaltsverbots, das nach Abweisung des Asylantrags wieder Rechtswirksamkeit erlangt, zwangsläufig in Schubhaft genommen.

Das alles ist nicht nur "durch das Gesetz gedeckt", es ist auch der 'normale', der zwangsläufige Verwaltungsablauf.

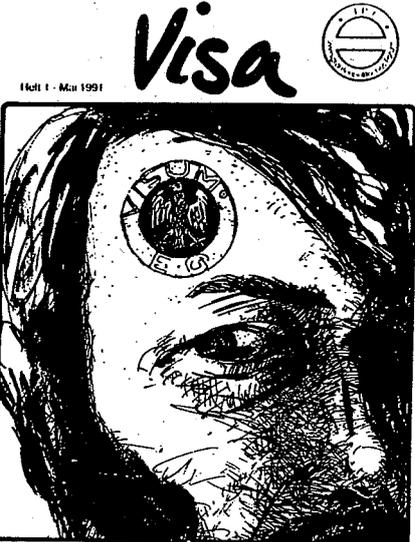
Nur mehr Draufgabe ist die Frechheit der Behörden, den Rechtsmittelverzicht in

Visa

erscheint vierteljährlich, herausgegeben vom Immigrantenpolitischen Forum e.V., Berlin

Das Immigrantenpolitische Forum besteht seit 1987 und ist ein Zusammenschluß von Flüchtlingen und Immigrantinnen aus verschiedenen Ländern, die sich gegen Diskriminierung, Rassismus sowie für Gleichberechtigung einsetzen.

Mehrere Teams arbeiten sowohl auf der theoretischen als auch auf der praktischen Ebene mit dem Ziel, die Selbstorganisation und das Selbstbestimmungsrecht der Immigrantinnen und Flüchtlinge auf der sozialen, politischen und kulturellen eben zu realisieren.



1927, in Deutschland mit Niederschlagung der Münchner Räterepublik fast direkter Übergang von Monarchie in präfaschistische Phase). Und auch nach dem 30.1.1931 konnten sozialdemokratische Funktionäre noch mehrere Monate relativ offen arbeiten und nutzten diese Zeit ausgesprochen gut, um sich von Menschen jüdischen Glaubens bzw. mit jüdischgläubigen Vorfahren zu distanzieren (siehe z.B. Radikal 141 und 142, "Gegen das Vergessen").

Zugegeben, wir haben als Linke große Probleme in diesem Land: Eben Sicherheitspolizeigesetz, geplante soziale Aussteuerung, EXPO, EG,.....

Aber wenn wir nicht den Kampf gegen rassistische Sondergesetze und -Verfahren, die die Privilegien der "Herrenrasse" InländerInnen absichern, zu einem untrennbaren Bestandteil unserer politischen Arbeit machen, machen wir uns mitschuldig. Wir werden uns schwerlich über mangelnde Solidarität anderer Völker beschweren können, wenns dann wieder heißt...

"...man hat ja von nichts gewußt."
Ein TATblätling

1) Aus dem parlamentarischen Ausschußbericht des Ausschusses, der 1925 die Verwaltungsverfahrensgesetze bearbeitet hat: "...der Verzicht (muß) ausdrücklich ausgesprochen sein (...) und nicht etwa bloß durch Unterfertigung eines neben anderem auch den Verzicht enthaltenden Formulare abgegeben werden"

2) ÖsterreicherInnen können gem. §?? Verwaltungsstrafgesetz (VStG) in Haft keinen Rechtsmittelverzicht abgeben. Für das Asylverfahren gilt jedoch - zumindest sieht das die Fremdenpolizei so - das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG), in welchem Haft nicht vorgesehen und daher auch eine dem §?? VStG ähnliche Bestimmung nicht enthalten ist. Die Schubhaft ist im Fremdenpolizeigesetz geregelt, welches nach Behördenmeinung nur in Verbindung mit dem AVG gilt. ●

LIEBE TATBLÄTTER

Wie geplant schreibe ich euch diesen Brief. Und ich hoffe, daß dieser Brief nicht nur als eine Kritik an euch gesehen wird, sondern auch überhaupt als eine Kritik an alle "Linken" hier und als ein Versuch, um die Beziehungen zwischen den "inländischen" und "ausländischen" (nämlich wie üblich ist, die Leute von den Ländern, die Kolonien oder Neu-Kolonien vom Imperialismus) Linken klar auszustellen. Ich hoffe auch, daß "wir" endlich mit einer Diskussion anfangen können. Ich habe schon Befürchtungen, daß sie üblich wie bis jetzt beendet wird; wegen Mangel an Platz, Zeit, Kraft usw. und wir werden diese "Zusammenarbeit" beenden müssen, ohne damit richtig anfangen zu können.

In einem großen Teil der Welt liebt mensch die Zeitungen erst von den "letzten" Seiten. Aber wer weiß, welche die erste Seite ist, im TATblatt - vielleicht wegen der Solidarität - ist die erste Seite erst zu lesen die letzte Seite.

Das TATblatt (rot geschrieben, linke Ecke oben.)

Hier geht es um das Medium und seine Handelden, mensch soll davon etwas zitieren, habe ich mir gedacht:

"das TATblatt ist ein ... Informations- und Diskussionsorgan", "Im tatblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten.

Briefe Meinungen Diskussionen

Und **DIESE** sollen am besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten." Und mensch beendet die Ecke mit dem Aufruf; "... welche die Schreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil ... nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten."

Also fangen wir mit "Diskussion" an, wovon in der Zitat die Rede ist; Erstens nach meiner Beobachtungen im TATblatt, habe ich es gesehen, daß diese "Diskussionen" für Notwendig gehalten werden (siehe tb 49 die Antwort auf die Kritik von einem KPÖler). Aber den Weg dafür wird überhaupt nicht vorbereitet. Es war auch so, mit dem Vorschlag wegen der Diskussion über den Imperialismus. Obwohl mehr Mals davon gesprochen worden war, daß so eine Diskussion hier notwendig ist, hat niemand seinen Arsch in Bewegung gesetzt, um da-

mit anzufangen. Aber es war lieber in den Vorbereitungsplenums für Opernball vom Bus zu sprechen als eine Anti-Imperialistische Demo zu vorbereiten. Als die KPÖler sich davon distanzieren haben, ohne Opernball eine Demo zu machen, haben die Tatblätter sich dagegen gesetzt -was auch gut war- aber dann die Motivierung der Demo -es hat so ausgeschaut- war gerade nicht gut überlegt. Warum denn überhaupt die Demo? War es vielleicht, genau das Gegenteil zu machen, was die "böse" Brüder sagen. Wenn so ist, es ist die einfachste Art, eine Politik zu machen. Nach ein paar elenden Versuchen, warum die Demo zu machen ist, hat mensch sofort mit der Diskussion, welche uns noch ein paar Plenums kosteten, von Bus, Plakat, Demoroute angefangen. Noch lustiger war die Suche nach dem Motto, jedes Motto, das das Wort Imperialismus enthalten, wurde so oder so abgelehnt, stattdessen wurde etwas akzeptiert, was "JedeR verstehen kann". Als ob der Imperialismus nicht die Realität wäre -gerade damals-, als ob er sich nicht so gestärkt hätte wie nie zuvor und als ob er jeden Tag die Völker vom Irak (auch die Kurden im Irak und in der Türkei) mit tonnen schweren Bomben nicht bombardiert hätte usw.

Das ist nur eine Antwort an einen Tatblattler, der gemeint hat, wir ärgern uns, wenn wir dieses Wort nicht hören/lesen. Ich sage nur; Mir ist es wurscht, was für einen Namen Du für den Imperialismus ersetzen kannst. Mir geht es nicht um den Namen.

Er kann auch -von mir aus- Mperialismus oder etwas anderes heißen. es geht um ihn zu erkennen und bekämpfen. Wenn ich noch immer hören würde, daß wir Wort-Fetischisten seien, dann stelle ich die Frage; warum schreibt Ihr so oft wieder von einem anderen -MUS, nämlich vom Faschismus? Etwa nur deswegen, weil die Gefahr schon da ist, die auch euch beschädigen würde? Und warum versteht Ihr nicht, daß WIR seit Langem unter der Repression, dem Krieg vom Imperialismus leiden (Militärjuntas, Völkermorde, Ausbeutung bis zum letzten Groschen, Vertreibung vom eigenen Land oder eine andere Art von Vertreibung von der Heimat, Kultur- Völkermord, Ausbeutung nämlich dazu zwingen, als "Gastarbeiter" zu arbeiten. Und ich weiß es nicht, ob Du es weißt, daß das Bildnis, welches sehr groß ist und an euerer Wand hängt, jeden Tag euch bei der Arbeit anschaut und den Signatur von Che trägt, von einem Befreiungskämpfer ist, der in diesem Weg ermordet worden war aber seine Gedanken und sein Kampf - wie er gesagt hatte - in jeder Kugel dem Imperialismus in den verschiedenen Ecken der Welt - "obwohl" die hier "nicht" zu hören sind -

weiterleben. Ernesto Che Guevera sagte;

(am 20.10.1962, in Cuba)

"... Wir fordern, daß jeder "Junge Kommunist" menschlich ist, und zwar so menschlich, daß er sich dem Besten im Menschen nähert und daß er dahin gelangt durch die Arbeit und durch das Studium sowie durch die ständige Solidarität mit dem Volk und allen Völkern der Welt.

Seine Sensibilität muß so geschärft werden, daß er Beklemmung fühlt, wenn ein Mensch in einem anderen Teil der Welt ermordet wird und daß er begeistert ist, wenn in irgendeinem Teil der Welt die Fahne der Freiheit aufgepflanzt wird.

Der "Junge Kommunist darf nicht begrenzt sein durch die Grenzen eines Staates, der "Junge Kommunist" muß den proletarischen Internationalismus praktizieren, ihn als Teil seines eigenen ICHs ansehen und sich und uns daran erinnern, daß wir ein faßbares und konkretes Beispiel für unser ganzes Amerika sind.

Und nicht nur für Amerika, sondern auch für andere Länder, die in anderen Kontinenten auch für ihre Freiheit gegen den Kolonialismus, gegen den Neo-Kolonialismus, gegen den Imperialismus und gegen alle Formen der Unterdrückung durch Unrechtssysteme kämpfen. ..."

Ja gerade das fehlt hier. Okey das sehe ich auch ein, manchmal schreibt Ihr auch etwas von "Peripherie" ab. Und außerdem habt Ihr oft mehr als eine Seite Platz für Ausland (wie z.B. bei den letzten Artikel über Griechenland, Italien, Nordirland). Aber vom Jenosid an Kurdischem Volk war nichts zu sehen. Im Krieg habe ich die Möglichkeit gehabt, die Geschichten von Kuwait und Irak zu lesen, was ich merkwürdigerweise auch im Standart und in der türkischen Zeitungen gelesen habe - ich bestreite nicht, daß es Unterschiede zwischen den Artikeln gab. - Aber sonst gab es nichts, was mich wirklich befriedigen hätte können.

Der Artikel; "Spielen mit dem Gummiball". Der/der AutorIn hat überhaupt nicht bemerkt, daß er/sie in diesem Spiel selber ein Gummiball geworden ist. Mensch hat über diese "Gummigeschosse" sehr ausführliche Informationen gelesen, mensch kriegt sogar konkrete Beispiele von der Tat, (glücklicher weiße gab es auch ein Foto). Nach dem Lesen des Artikels hätte mensch die Meinung haben können. Der/die Autorin sich bei der Sache gut informiert und Zeit genommen hat. "Pfui, viel Arbeit muß dahinter stecken !" Aber der Gummiball hätte mit seinen HOP-HOPs eine Weile

aufhören und den Artikel in der Ruhe ein Mal lesen können, -das hätten der/die Tip- perIn, KorrekturleserIn, sicher auch die LeserInnen (auch von dieser Seite gab es bis jetzt kein Kommentar über den Artikel) lesen und schauen, was der Gummiball dabei "vergessen" hat, nämlich nach dem Beispiel von den Todesfällen in Belfast im 1981 vielleicht auch ein Beispiel von den Kindern der INTIFADA zu geben, die täglich bis zur zweistelligen Zahlen durch diese "Gummigeschossen" ermordet wurden. Und das zu "VERGESSEN" (eigenes Wort des/der AutorIn) kann mensch leider nicht als Entschuldigung annehmen. Es kann ihm/ihr vielleicht wurscht sein, aber die palastinansischen Kinder sterben nicht um vergessen zu werden.

Aber tja, die armen Kinder haben keine Ahnung, was in der ersten/letzten Seite vom TATblatt steht; "Das ist ein Medium, von denen, die Häuser besetzen, die Straßen blockieren, eben Widerstand leisten." Wenn du kein Haus besetzt (siehe Beispiele in den Artikeln über Besetzungen in Graz, Innsbruck, Salzburg, Wieland gasse, Bird, Italien, Griechenland), hast leider keine Chance und es hilft dir auch nicht in einem Besetzen Land zu leben. Wenn du in den Zeilen des TATblatts nicht "vergessen" werden willst, mußt Du ein Haus besetzen und "eben Widerstand leisten" (!).

Wenn mensch sagt, daß der Eurozen- trismus sei, brüllen die Menschen, "sie lassen nicht zu sagen, daß sie Eurozenrist seien".

Die Leute, die immer dazu Kraft haben, die Prozesse von den Opernball-demoler, Häuser-besetzern ... zu besuchen und alles genau berichten; wie viele freie Plätze gab es, wo die Besucher und Bullen Platz genommen haben, Was der Zander gesagt hat, wieviele Monate gekriegt ..., haben nicht einmal genug Kraft ein paar Schreibfehler zu korrigieren, obwohl es unter dem rot geschriebenen "das TATblatt" steht; daß die Leute gesucht werden, die keine Abschreckung vor Rechtschreibfehler haben.

Ja, liebe TATblätter, wie Ihr es wißt, es geht hier um den Aufruf von den politischen Gefangenen aus der Türkei, die seit 11 Jahren in den Knasten vom Faschismus - ja, ganz ähnlich wie Mathausen, was Ihr gegen 50 schlie besucht- sitzen und durch neues "Anti- Terror Gesetz" noch zwanzig Jahre sitzen müssen, obwohl mittlerweile die Faschisten, Folterer durch das selbe Gesetz in die "Freien" kommen. Mensch sollte ihn nur Layoutern (es war fertig getippt und korrigiert). Ja, dazu hat mensch keine Kraft gehabt (!). Ein Grund dazu war auch, daß das Gesetz von ÖsterreicherInnen nicht bekannt ist. Mensch wollte schon dazu einen Artikel schreiben, was aber wegen schon bekannten Gründen nicht passiert ist.

da hier können wir gar nichts anders (!)

sagen, daß die Gefangenen vom Faschismus in der Türkei noch mehr Kraft - Zeit haben sie ja schon, noch 20 Jahren -, brauchen, bis die TATblätter Zeit und auch Kraft für sie, die Gefangenen haben.

So bin ich endlich zum letzten Punkt gekommen;

"Welche ..., die Suche nach einem eigenen Schreibstil ... nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen Zeitungsprojekts mitarbeiten."

Ich glaube auch da habe ich Probleme. Gibt es wirklich eine Suche nach einem "eigenen Schreibstil", gab es so eine Suche im TATblatt? -Innen,ER usw. bin ich nicht sicher, ob sie nicht von großen BRÜDERInnen (Biird) übernommen wurden. Und manchmal sehen wir auch, in den LeserInnenbriefen noch immer Hirnübungen gemacht und neue Alternativen zu den "neuen" Alternativen angeboten werden. Das sind auch nichts anders als das Zeichnen vom Ende zu sein, von den toten Kreis des Szenen (genau so wie die immer schlechter gemachten Demos, Häuserbesetzungen ...). Aber die "Linken, Alternativen, Autonomen sind bis jetzt nicht auf die Idee gekommen eine neue Definition zu finden, die eben nicht rassistisch ist. Kurz gesagt, eine Definition, die ORF, Kurier, Bundespolizei-gesetz, Arbeitsamt ... nicht verwenden um uns zu benennen. Obwohl wir seit mehr als 20 Jahren hier, in den Demos gern gesehen, die Garantie für die Arbeitslosengelder - Pension sind, werden wir noch immer als Ausländer genannt, auch von eurer Seite, genau mit der Sprache der oben Genannten. Aber das kann ich schon verstehen, Ihr habt vielleicht wieder viel zu tun gehabt. Ich weiß, Ihr habt es schwer, viel zu tun (wie zB. Aufrufe schreiben, "Wehrt euch gegen den Anfang, gegen den Adolf Hitler Platz" aber vermutlich wieder wegen Zeit und Kraft, niemandIn von euch dort blicken lassen.).

3

Vielleicht wir sollen in eurer Sprache ei-

Zu einem Lesybrief im Tb -49

Mich nervt ...

- wenn Leute, ganz gleich wer, in LeserInnenbriefen oder Artikeln als "IdiotInnen" bezeichnet werden, oder irgendwelche anderen Phrasen gedroschen werden, um ihnen geistige Unfähigkeiten zu unterstellen. "Nicht ernst gemeint" ist keine Rechtfertigung - Sexismen sind auch nie "ernst gemeint".

Zum einen ist Gleichrangigkeit, denke ich, Vorbedingung jeder kritischen Auseinandersetzung. Feindinnen und Feinde hingegen zu unterschätzen, ist sowieso fatal.

Zum anderen aber wird eine Rangordnung geistiger Leistungsfähigkeit aufgestellt, die wieder eine Gruppe von Menschen aus der Gesellschaft ausgrenzt. Die faschistoide Züge trägt, weil sie Menschen nach ihrer Verwertbarkeit reiht. Die Mauern aufstellt, die die Psychiatriebewegung seit Jahren niederzureißen versucht.

Wer zu einer "Du Idiotin" oder zu einem "Du Idiot" sagt, sagt: "Du bist unfähig, in dieser Ge-

ne neue Definition finden. Dazu hat mensch schon Zeit. Wir "Ausländer" haben mehr Arbeitslosen. Also keine Arbeit - das heißt manchmal kein Geld, keine Wohnung, keine Aufenthaltsbewieligung aber heißt auch viel Zeit.

Und eine kleine Frage noch, wie so wollt Ihr eine "unabhängige" Zeitung. Keine Mühe. Das gibt es schon. (Kurier, da oben steht ganz groß, nicht zu übersehen.) Wieso ist diese Angst, zu irgend was zu gehören. Was versteht Ihr eigentlich unter der Unabhängigkeit. Unabhängigkeit durch unabhängige Zeitung? Versteht Ihr nicht, mensch könnte nie "Unabhängig" sein, weder in diesem System noch in einem fortschrittlichen. Wir sind Menschen, und müssen endlich lernen, daß wir uns zusammen gehören und haben gewisse Verantwortungen gegenüber den "anderen" Menschen. (na tja, es sieht so aus, es gehe um ein Wort. Nein, es geht nicht nur um ein Wort, sondern auch um Vorstellungen von einer Gesellschaft, wofür gekämpft wird.)

Grüße und Kraft

a.

PS. Ich kann nur davon träumen, daß auch die andere Menschen sich an Diskussion teilnehmen. Nur so kann mensch von einer "Verbesserung" der Lage sprechen.

* Ein kleiner Vorgeschmack aus der Türkei;

"... Sein Prozess, der Prozeß von Mehdi Zana - zweimal gewählter Bürgermeister von Diyarbakir (die größte Stadt im Teil von Kurdistan in der Türkei), vor dem Militärgericht in Diyarbakir begann im Mai 1981 und endete 1983 mit der Verurteilung des Angeklagten zu 24 Jahren Haft. ... Später erhielt er eine zusätzliche Gefängnisstrafe von sieben Jahren und acht Monaten, weil er das Urteil nicht schweigend entgegengenommen, sondern mit Schlagwörtern kommentiert hatte ..." (von ai)

sellschaft zu leben. Das, was Du vorhast, könnten 'normale' Menschen schaffen, aber Du wirst es niemals schaffen." Ob Behinderungen körperlicher oder geistiger Art sind, ist übrigens gleichgültig und wieder nur eine weitere Kategorisierung nach Verwertbarkeit.

Wenn Ihr glaubt, daß Leute unfähig sind, was umzusetzen, oder daß sie andere Absichten haben, als sie vorgeben, warum sagt ihr nicht das. Aber ich kann nicht verstehen, daß viele diese Relikte ihres Machismo nicht einem freieren Umgehen, einem freieren Zusammenleben aller in dieser Gesellschaft opfern können. Sofern in Zukunft LeserInnenbriefe oder Artikel bei uns einlangen sollten, die derartige Passagen enthalten, werde ich jedenfalls dagegen auftreten, daß sie erscheinen.

Ein Idiot (einer vom TATblatt-Kollektiv) ●

WIDER DEN "LINKEN" IRRATIONALISMUS

über Ronalds Schueckers Gedanken zur herrschenden Wissenschaft

(Gerhard, Graz)

Ein linker Entwurf ist immer ein moderner, ein aufklärerischer, ein humanistischer Entwurf. Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung liegen in der Bildungs- und Aufklärungsarbeit und in der Überzeugung, Bildung mache frei, Wissen sei Macht. Diese moderne Grundhaltung zieht sich auch folgerichtig durch das gesamte Denken der ArbeiterInnenbewegung als emanzipatorische Bewegung. Schon bei Lassalle finden wir den Satz: "Erst, wenn Wissenschaft und ArbeiterInnen, diese entgegengesetzten Pole der Gesellschaft sich vereinigen, werden sie alle Kulturhindernde in ihren ehernen Armen erdrücken. Die ganze Macht der modernen ArbeiterInnenbewegung beruht auf der theoretischen Erkenntnis." (1)

Jedem/r der/die auch nur einmal einen Marx-Grundkurs mitgemacht hat, ist die Marx'sche Überzeugung in Erinnerung, daß die Irrationalität der Religion Opium für das Volk sei und die Möglichkeit der politischen Manipulation beinhaltet. Bei Rosa Luxemburg finden wir in ihrer Schrift "Sozialreform oder Revolution" (2) folgende Überzeugung: "Es kann keine gröbere Beleidigung, keine ärgere Schmähung gegen die ArbeiterInnenschaft ausgesprochen werden als die Behauptung: Theoretische Auseinandersetzungen seien lediglich Sache der Akademiker." Lenin verlangt in seinem Artikel "Über die Bedeutung des streitbaren Materialismus" (3) ein breites Bündnis mit nicht kommunistischen Materialisten und den VertreterInnen der modernen Naturwissenschaft.

Antonio Gramsci betont in seiner "Philosophie der Praxis" (4): Entscheidend ist die geistige Auseinandersetzung mit den weit verbreiteten auch in den Köpfen vieler ArbeiterInnen eingetragenen bürgerlichen Ideen. Das ist ein Prozess, der Zeit, Geduld, aber auch Prinzipientreue erfordert. Nur wenn es der ArbeiterInnenbewegung des Westens gelingt, in einem breiten Bündnis mit fortschrittlichen Kräften, insbesondere WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, die geistige Vorherrschaft des Klassengegners zu brechen, wird die grundlegende Veränderung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus möglich." Unabhängig davon, welche politische Orientierung im einzelnen vertreten wird, eines ist allen gemeinsam: Die positive Wertung von Bildung und Wissen, ohne daß sie deshalb den bürgerlichen Wissenschaften unkritisch gegenüberstehen würden. Gemeinsam ist ihnen diese Grundhaltung deshalb, weil modernes, wissenschaftliches, aufklärerisches Denken ein notwendiger Bestandteil einer emanzipatorischen Bewegung ist. Um die Welt verändern zu können, muß mensch sie erst mal verstehen.

IRRATIONALISMUS UND NEOFASCHISMUS IN DER LINKEN

Im Gegensatz zu traditionell modernen Positionen der Linken bemerken wir in den letzten Jahren immer mehr das Vordringen irrationaler und neofaschistischer Ideen in den fortschrittlichen Bewegungen und linken Organisationen. In der Friedensbewegung wurde etwa im Zuge der Aktionen gegen den Golfkrieg argumentiert, der Krieg sei illegitim, da die Amerikaner eine "raumfremde Kraft" seien. In der Zeitschrift Konkret (5) wurde mit einer Diskussion über das Verhältnis von Friedensbewegung und Faschismus begonnen, die auch in Österreich hochnotwendig erscheint, war doch die Nationalzeitung

in letzter Zeit kaum mehr von einem antiimperialistischen Flugblatt zu unterscheiden. Auch waren im Zuge der Protestaktionen höchst irrationale Formen zu bemerken. In Graz etwa Fasten für den Frieden, was damit begründet wurde, daß durch das Fasten "positive Schwingungen" freigesetzt würden, die den Krieg stoppen könnten.

In der Ökologiebewegung müssen wir eine relativ weitgehende Akzeptanz des Biologismus, prinzipielle Zivilisationsfeindlichkeit ("Zurück zur Natur", "edle Wilde") und Endzeitphobien ("Fünf vor 12") zur Kenntnis nehmen. In der Frauenbewegung sind "neue Weiblichkeit", die "prinzipielle Friedfertigkeit und Andersartigkeit der Frau" durchaus diskutabel, werden Walpurgisnächte veranstaltet und die Identifikation mit Hexen gefördert. Daneben ist eine direkte Wanderung der Mitglieder von linken Organisationen zu New Age-Gurus, Sekten und Jugendreligionen unübersehbar. Daß der Artikel "HERR"schaftsinstrument Wissenschaft überhaupt im TATblatt erscheinen konnte, kann hier wohl als weiteres Indiz hinzugenommen werden. Was finden wir in diesem Artikel?

GEDANKEN ZUR INKOMPETENZ VON RONALD SCHUECKER

Insgesamt finden sich 35 Vorwürfe an die Wissenschaft, die er zum größten Teil unbegründet aneinanderreihet, und nur ganz verstreut einige Aussagen darüber, was er an Stelle des wissenschaftlichen Denkens setzen möchte. Schon der Beginn des Artikels ist hochinteressant: "Wissenschaft normiert das Denken durch aufwendige Modellstudien und Statistiken, erklärt banale Vorgänge durch unverständliche Theorien..." So ein kurzer Satz und so viele Vorwürfe! Betrachten wir sie einmal im Einzelnen. Der erste Vorwurf ist: *Wissenschaft normiert das Denken.*

Und tatsächlich hat er recht. Wissenschaft normiert das Denken tatsächlich in einer Hinsicht. Sie hat ein Instrumentarium entwickelt, wissenschaftlich haltbare und bewährte Theorien von nicht haltbaren, falsifizierten Theorien und absurdem Wischi-Waschi abzugrenzen, so daß heute nicht mehr jede/r alles — und sei es noch so falsch — mit dem Anspruch auf Wahrheit vertreten kann. Im Allgemeinen nennt mensch das Erkenntnisfortschritt. Aber warum stört ihn das? Weil er seinen Käse nicht glaubhaft verkaufen kann, wenn der/die LeserIn nicht vorher akzeptiert, daß die "Normierung des Denkens" etwas a priori (von vornherein — Anm. des Tippers) negatives ist.

Der zweite Vorwurf ist: *Modellstudien und Statistiken sind aufwendig.*

Wie wir zuvor bemerkt haben, will er einfach alles als wahr verkaufen können. Jetzt sehen wir warum: weil ihm die Überprüfung, ob das, was er von sich gibt, wirklich so ist, zu aufwendig ist.

Der dritte Vorwurf ist: *Wissenschaft erklärt banale Vorgänge durch unverständliche Theorien.*

Auch hier hat er zum Teil recht. Ein Beispiel: Daß Wasser zu kochen beginnt ist ja wohl ein banaler Vorgang und wir können sagen bei Druck X und Temperatur Y beginnt Wasser zu kochen. Das wäre jedoch sehr simpel. Denn um exakt beschreiben zu können, wie es dabei vor sich geht, bedarf es schon selbst organisationswissenschaftlicher (chaostheoretischer) Modelle. Und so müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß

Vorgänge, die auf den ersten Blick banal erscheinen, es nun doch nicht sind. Nur, kann mensch es der Natur vorwerfen, daß sie manchmal schwer verständlich ist? Eigentlich heißt sein Vorwurf also: *Wissenschaftliche Theorien sind unverständlich.* Da es nun offensichtlich Menschen gibt, die in der Lage sind, wissenschaftliche Theorien zu verstehen, bleibt letztlich nur das Eingeständnis, daß er dazu nicht in der Lage ist. So stellt sich bereits nach dem ersten Halbsatz von Schuecker die Frage, warum das TATblatt seinen Artikel über Wissenschaftstheorie veröffentlicht, wo er doch zugibt zu faul und zu dumm zu sein, überhaupt wissenschaftliche Theorien zu verstehen. Da Kritik, worauf Popper so gut hinwies, immer Kritik im Lichte einer alternativen Theorie ist, ist es eine Forderung intellektueller Redlichkeit, diese explizit zu machen, damit sie kritisierbar wird. Ronald Schuecker hat das nicht getan, worauf wir gezwungen sind, aus den verstreuten Hinweisen in seinem Text darauf zu schließen.

MYSTIZISMUS UND ESOTERIK

Einige seiner Aussagen weisen klar auf ein mythisches bzw. esoterisches Weltbild hin. Klar wird es vor allem im Absatz nach dem Zwischen-titel: "Die Grenzen der Psychoanalyse". Aber vorerst: Was heißt Esoterik? Der Name Esoterik leitet sich vom griechischen "eso" ab und heißt innerlich, geheim. Gemeint sind Lehren, die nur Eingeweihten zugänglich sind, die aber auch für Nichteingeweihte Gültigkeit beanspruchen. Daneben gibt es heute eine unüberschaubare Vielzahl esoterischer Bewegungen, die einige Grundelemente gemeinsam haben. Sie wurzeln in mythischen Weltdeutungen und wählen daraus beliebig aus. Zu nennen wären z.B.: die "Internationale Gesellschaft für Krishna-Bewußtsein", die "Vereinigungskirche des San Myung Mun", die "Scientology Church", Die "Transzendente Meditation", Die "Divine light Mission", die "Kinder Gottes" usw.

Vielfach treffen wir auf Vorstellungen wie: Dreieinigkeit von Körper, Geist und Seele als Abbild der Dreieinigkeit Gottes, jeder Körper habe einen Astralleib, die Außenwelt sei Täuschung usw. Entsprechende Aussagen finden sich nun auch in Schuecker's Artikel: "Die Psyche des Menschen ist nicht durch den Chiasmus des Körpers begrenzt, sondern ein Spannungsfeld, das über die Körpergrenzen hinausragt und mit den Schwingungen der Umwelt in Verbindung steht." Anzumerken ist jedenfalls, daß es für diese These keinerlei Evidenz gibt, während die Naturwissenschaft immer besser dazu in der Lage ist, Bewußtsein als Produkt und Funktion von Materie zu beschreiben und über eine sehr hohe Bewährtheit dieser These verfügt. Im Abschnitt "Zerlege und Herrsche" taucht dann diese Dreieinigkeit in verwandelter Form auf.

AGGRESSIVITÄT DES IRRATIONALISMUS

Anton Grabner-Haider weist in seinem Standardwerk zur Mythosforschung "Strukturen des Mythos" (6) darauf hin, daß ein Mystiker oft ein seelisch schwer verletzter Mensch ist. "Er lehnt Personen, die seiner Persönlichkeitsstruktur als bedrohlich erscheinen als Feinde und als böse Menschen ab. Er verfolgt sie als teuflische Personen und neigt zu Wahnvorstellungen, so daß er seine reale Lebenswelt nur noch verzerrt wahrnehmen kann." In Ronald Schueckers Arti-

kel wird es schlagartig klar, wenn man seine Vorwürfe an die Wissenschaft nicht auf die Allgemeinheit bezogen, sondern auf ihn selbst bezogen liest. Auch die Behauptung Wissenschaft und Faschismus hätten gemeinsame Charakteristika kann wohl schwerlich anders erklärt werden. ●

Quellen:

- (1) Joseph Hindels; Marxismus und Gegenwart, spw Verlag, Berlin 1985, S.141
- (2) ebenda S.141
- (3) Lenin – Werke, Band 33, S.214
- (4) Josef Hindels, Marxismus und Gegenwart, spw - Verlag, Berlin 1985, S.138
- (5) Konkret: Politik und Kultur, Heft 3, März 1991, Gremiliza Verlags GmbH, Hamburg
- (6) Anton Grabner-Haider, Strukturen des Mythos, Verlag Peter Lang, Frankfurt, 1989, S.405

Folgender Brief erreichte uns am 10.Mai.

Die Zähler klopfen und niemand meldet sich.

Was nun? Fragt sich der Bedienstete und zieht seinen Schwanz ein! Was bleibt ihm übrig!!!?!? Steht er nicht allein?, gegenüber der breiten Front der Boykottierer?

Seine Aufgabe ist hart: Klopfen, Bitten, Fragen, Fragen, Fragen, Lauschen, Horchen – Aushorchen – bis zum gewünschten Resultat. – Keine Antwort – entweder Meldung oder Hose voll(schiff). Menschen sind auch sie, NUR FEHLT IHNEN DAS TATBLATT

betrifft: TATblatt und den Rest der Welt...

Liebe KollegInnen!

So im Großen und Ganzen ist Eure Zeitung o.k., mein Abo werde ich auf jeden Fall verlängern u.s.w.

Heute ist mir jedenfalls eine pblattform zugeschickt worden, die ich schon vor ca. einer Woche von der ÖH-Boku bekommen habe, und diese pblattform trug eindeutig ein TATblatt-Adresspicket. Zwar ist in Österreich und gerade im Mai 1991 eh schon fast alles zu spät, was den Datenschutz anbelangt und die ÖH-Boku ist nicht ganz so schlimm wie die Stapo, trotzdem wär's interessant zu wissen, ob Ihr der ÖH-Boku eure Adressen geschenkt oder gar verkauft habt oder ob Euch die ÖH die pblattform zum be-picken und versenden überlassen hat (in grauer Vorzeit war ja so was schon mit einem AKIN). Da ich wohl kaum der Einzige war, den dieses Schicksal heute ereilt hat, wäre eigentlich eine kleine Info im nächsten TATblatt angesagt.

Noch was: Gelegentliche Burgenland-Ausflüge führen mich manchmal an der A3-Baustelle bei Ebreichsdorf vorbei. Was sinnloseres als diese Autobahn kann mensch sich kaum mehr vorstellen und der einzige Trost (falls das einer ist) ist der, daß dort eh nie wer fahren wird und die Landschaft durch noch ein Betonbandl auch nicht mehr viel abgewertet werden kann. Trotzdem scheint jeglicher Widerstand zu fehlen. Warum tut denn keinEr was ??? Wo bleibt die Berichterstattung ??

Als dann, ...
.....W.

Lieber W.

Du warst nicht der Einzige, den das Schicksal in Form der pblattform ereilt hat; und (bei weitem) nicht der oder die Einzige, den/die das geärgert hat. Dein bzw. Euer Ärger war daher allererster Tagesordnungspunkt beim vorletzten Plenum.

Glaubt ihr alles, was in der Zeitung steht?

Betrifft: Annoncen

Es wird Zeit, es einmal offen zuzugeben: Wir sind käuflich!

Vor etwa einem Jahr erschien im TATblatt eine kleine Aufstellung unserer Produktionskosten. Von einem verkauften Exemplar bleiben uns gerade ein paar Groschen; in jedem Fall unter zehn.

Die eigentlichen Kosten für Miete, Materialkosten oder inhaltliche Sachen (Bücher usw.) kommen da kaum zusammen. Das Knödl für Neuanschaffungen oder Verbesserungen der Infrastruktur schon gar nicht. Wir sind also darauf angewiesen, Inserate anzunehmen.

Für den Inhalt der Zeitung können wir die Verantwortung übernehmen, für den Inhalt der Inserate nur sehr, sehr bedingt:

Eigentlich nur in dem Rahmen, in dem wir das beurteilen können, was uns in einer Redaktionssitzung vorliegt.

Sexistische, rassistische oder offensichtlich falsche Inserats-Inhalte

w er d e n
s elb s t v e r s t ä
n d l i c h n i c h t
g e d r u c k t .

Zuerst: *Wir haben nur die Pickerl weitergegeben, und wir haben (quasi per end-user-certificate) darauf geachtet, daß die Adressen nur verklebt, nicht aber verarbeitet werden.*

Ihr bekommt also keine weiteren pblattformen mit oder über unsere(n) Adressen.

Warum wir die Adressen zur Versendung dieser Ausgabe der pblattform zur Verfügung gestellt haben?

Die pblattform, bzw. ihre MacherInnen haben im BOKU-Hauptausschuß ein neues Zeitungskonzept durchsetzen können. Ihr Ziel ist es, eine auch für Menschen außerhalb der BOKU interessante Zeitung mit Schwerpunkten Ökologie, Soziales und anderen gesellschaftlich relevanten Themen zu produzieren. So sollen die Probleme der BOKU-StudentInnen quasi für die Außenwelt transparent gemacht und andererseits das "Nischen"-Dasein der Studierenden aufgebrochen werden. Das neue Zeitungskonzept richtet sich – das sind jetzt unsere Worte – gegen die BOKU als Produzentin elitärer Öko-TechnokratInnen.

Für uns problematisch dabei ist allerdings die Tatsache, daß die Zeitung als Organ der ÖH für ALLE offen stehen MUSS. Das heißt theoretisch, daß rechte Gruppen dort ebenso ihren Schmus verbraten könne, wie linke. Was zum Teil tatsächlich auch geschieht: In der darauffolgenden Nummer (nach unserer Aussendung) stellten sich alle wahlwerbenden Gruppen an der BOKU vor. Und da bekamen FSI und Jes genauso je 2 Seiten zur Verfügung gestellt, wie die BASISGRUPPE und die anderen Fraktionen.

Tatsache bleibt andererseits auch, daß der Antifaschistische Sonderteil, der auch der Grund war, warum die pblattform-Leute gerade an unsere Adressen versenden wollten, wirklich gut war. Und das waren nicht die ersten (und hoffentlich auch nicht letzten) guten Artikel in der Zeitung.

Wir gaben den pblattformies die Pickerl, nachdem und weil wir 100%ig sichergehen konn-

Aber damit hats dann schon ein End'.

Wir können die Produktions- oder Arbeitsbedingungen in einem Betrieb nicht überprüfen; ebenso nicht das Betriebsklima oder die Herkunft der Waren.

Und so konnte es z.B. kommen, daß im TATblatt monatlang ein bekanntes und anerkanntes 'Alternativ-Unternehmen' inserierte, dessen 'Unternehmensphilosophie' wir grundsätzlich ablehnten. (Wobei gesagt werden muß/sollte, daß es wohl kaum einen Betrieb gibt der 100% O.K. ist) Entscheidend für uns war, daß die Unternehmensführung bereit war, im TATblatt zu inserieren.

Wie knapp unser Spielraum bei Ablehnung oder Annahme von Inseraten ist, zeigt dieses Beispiel allemal: Der 'Alternativ-Betrieb' selbst stellte seine Inserate ein, nachdem einmal eines in die räumliche Nähe einer von uns veröffentlichten RAF-Erklärung gerutscht war.

Zusammenfassend: Das Wesentliche an Unternehmen, die im TATblatt inserieren, ist nicht, daß sie die super-fortschrittlichen Betriebsformen und Inhalte haben, sondern daß sie im TATblatt inserieren.....

Die TATblatt-Redaktion

ten, daß sie nur verklebt und eben nicht verarbeitet werden.

Die massenhaften Reaktion (sicherlich so an die 40-50 Beschwerden) haben uns dazu veranlaßt, für den Umgang mit unseren Adressen folgendes festzulegen:

- Wir wollen die Adressen auch in Zukunft Gruppen für Aussendungen zu konkreten Ereignissen zur Verfügung stellen. Etwa zur Ankündigung von Baustellenbesetzungen, Aktionen gegen die EXPO usw. Die erwähnte AKIN-Aussendung war im übrigen eine Ankündigung einer A4-Besetzung, die wir GEMEINSAM mit der AKIN-Redaktion produziert haben. Der AKIN-Kopf kam rein zufällig drauf, weil es nur sinnlos, anstrengend und teuer gewesen wäre, ZWEI Zeitungen gleichen Inhalts mit zwei verschiedenen Köpfen zu produzieren. Im übrigen gab es auch bereits gemeinsame Aussendungen mit TATblatt-Kopf.

- Voraussetzungen für die Unterstützung konkreter Aktionen ist, daß die Aktion in einer Redaktionssitzung ungeteilte Zustimmung findet.

- Es werden keine Adressen oder Disketten, sondern nur fertig ausgedruckte Pickerl zur Verfügung gestellt, und zwar nur unter der Bedingung, daß

- die von uns ausgedruckten Adresspicketl in der Redaktion (in besonderen Ausnahmen: im Beisein eines Kollektiv-Mitglieds) aufgeklebt werden.

- Aus den Adresspicketl muß erkenntlich sein, daß sie von uns stammen (was de facto durch die eingeklammerte Zahl gegeben ist)

- Die Weitergabe der Pickerl muß in der nächsten Ausgabe des TATblatt angeführt und begründet werden.

- Welche ausschließlich das TATblatt erhalten wollen und sonst nix können dies von uns per Postkarte verbindlich fordern.

Die Redaktion (heute ausnahmsweise etwas

TERMINE

LINZ

- KAPU Kapuzinerstr.36
Fr.24.05.20h: ERICH KLINGER-Lesung
Sa.25.05.20h: NAKED LUNCH
Mi.05.06.20h: ALICE DONUT (usa), POLSKA MALCA (yu)
außerdem:
jeden 1.So.im Monat: FRAUENFRÜHSTÜCK; jeden Di.: 19.30 INFOLADENPLENUM; jeden Mi.: 19.30 KAPU-PALAUVER

STADTWERKSTATT

- Friedhofstr.6
Fr.25.05.21h: Clubbühne CLOUDS OVER CRYSLER
Mi.29.05.21h: Clubbühne Ballroom Blitz
Fr.31.05.21h: Hausparty Sunsplash mit POPPA DOUBLE U

SCHWERTBERG

- KANAL Joseftal 21
Sa.25.05.21h: "E"
Fr.31.05.21h: NOVI SAD
Sa.01.06.21h: NOMADISco

WELS

- SCHL&SCHTHOF Drago-nerstr.22
Mi.22.05.20h: KRONOS QUARTET - Auswärtsspiel im Theater GREIF
Fr.24.05.21h: ELLIOTT SHARP-BOPPY PREVITE DUO (new york)
Mi.29.05.19h: DISCO
Sa/So 8./9.06.: Workshop mit ULRIKE CHRISTIAN u. BERTE MÜTTER

INNSBRUCK

- HAUS AM HAFEN Innrain 157
Di.28.05.: CITIZEN FISH (gb), CRINGER (hawai)
Sa.01.06.: FLAG OF DEMOCRACY (usa), BIG THING (usa)
außerdem:
jeden Do. Partytime in der HAVENBAR ab 21h

WIEN

- FLEX 12,Arndtstr.51
Mi.22.05.21h: DER KURORT
Sa.25.05.21.30: THE ONLY SOLUTION (wien)
So.26.05.: CRINGER (hawai), CITIZEN FISH (gb)
Mi.29.05.21h: DEAD NIT-

TELS

- Fr.31.05.: FLAG OF DEMOCRACY (usa), BIG THING (usa)
Sa.08.06.: SNUFF (gb)

RAUM WIEN

Piratenradio

jeden Mittwoch 20h, 103,3 MHZ

- Die Initiative RAF -Radfahren Am Freitag- feiert am 07.06. ihr 1-jähriges Bestehen.

Ort des Geschehens: Architektursaal der TU-Wien, Karlsplatz 13, Stiege 4, 3. Stock

- ALBERT SCHWEIZER HAUS 9,Schwarzspanierstr.

Fr.31.05.19.30: SLOVENIEN OHNE ARMEE

VHS-FAVORITEN

- 10,Arthaberplatz 18
Sa.25.05.18h: TIEFENPSYCHOLOGIE UND RELIGION; unv.prof. ddr.Josef Rattner
Mi.05.06.19h: DEMOKRATIE,FREIHEIT UND KULTUR; Gerhard Ruiss

HOSI 2,Novarag.40

- Do.23.05.21h: Jugendgruppe, Dokumentation:"Die Braut heißt Uwe",brd 91
Fr.24.05.21h: FRAUENTanzkurs Abschlußfest
Di.28.05.20.30: ROSA RUNDE "Sinneslust-Lebensfreude" Gespräch mit Geri Senger
Sa.01.06.: "Sexgames and astrology", das Sexualverhalten im Tierkreiszeichen, mit Robert Blum

Di.04.06.20h: Winkelnähen, Vorarbeiten zum weltweit größten Rosa Winkel

- Do.06.06.20.30: Jugendgruppe Reprise: "Club 2-Thema: Homosexualität", mit Michael Handl, Helmut Berger

SONNENUHRHAUS SCHÖNBRUNN

- (gegenüber Palmenhaus)
Fr.24.05.-Do.13.06. "MAHLZEIT!"
Ausstellung der Umweltberatung Österreichs zum Thema "Konsumment und Landwirt-

schaft"

Vortragsreihe zur Ausstellung:

- Mo.27.05.19h: Von der Petrochemie zur Agrikultur, univ.prof.di.dr. Alfred Hagger, Vorstand d. Inst.f. Nutztierhaltung a. Univ. f. Bodenkultur,Wien
Mo.03.06.19h: Kultur am Land, Vortrag und Video-vorführung zum Buch "Vom neuen Leben", dr.Hans Haid, Volkskundler und Dichter, Tirol

REPUBLIKANISCHER CLUB

- 1,Rockgasse1
Di.21.05.19.30: EIN DUTZEND JAHRE GLEICHBEHANDLUNGSPOLITIK FÜR FRAUEN – UND KEIN BISSCHEN GLEICHER? ; mit Emmerich Talos (Politikwiss. Uni Wien) diskutieren: Ingrid Nicolai-Leitner (Sozialministerium, Gleichbehandlungsanwältin), Neda Bei (AK-Wien, Frauenabteilung);

ferner sind angefragt: Gerda Neyer (Inst. f. Demographie d. Akademie der Wissenschaften), Irmgard Schmidleitner (ÖGB-Frauenabteilung)

Fr.24.05.20h: FEST: "NEUE FREMDE – NEUE HEIMAT?" (im Cafe Hebenstreit, im Club, im Schaniergarten und auf der Straße)

- Mo.27.05.19h: DEUTSCHLAND - EUROPA; Jens Reich, Repräsentant jenes politisch-intellektuellen Milieus, das mit dem Begriff "Demokratisches Forum" verbunden wird, präsentiert und diskutiert sein eben erschienenes

Buch. Es geht um den Versuch, einiges von dem zur Sprache zu bringen, was von der Entwicklung zunächst überrollt und an den Rand gedrängt wurde.

- Di.28.05.19h: ZWISCHEN TITOS PARTISANEN UND HITLERS ERBEN: KRIEGSENDE-PARTISANEN-BEFREIUNG - KALTER KRIEG-KOMINFORM-KONFLIKT; Diskussion mit dr. Franci Zwitter sen., Gründer und ehemaliger Vorsitzender des Zentralverbandes der Slowenischen Organisationen in Kärnten.

VINDOBONA

Sa.25.05.19h: HANS SÖLLNER

B.A.C.H.

16,Bachg Sa.25.05.: STRASSENFEST

ROSA LILA VILLA

6,Linke Wienzeile 102
Sa.25.05.19h:tam tam präsentiert: KOMBINAT M live on stage & Tanznacht

U-BAHN-STATION KAI-SERMÜHLEN

So.2.6. 15h:2. Anti-Umstrukturierungs-Sonntagsspaziergang

HOFBURG

Do.23.05.9h (!!) KUNDGEBUNG "GEGEN EWR-BEITRITT" – PROTEST KUNDGEBUNG zum EFTA MINISTERTREFFEN

GRAZ

SCI Graz 8010 Paulustorg.3/1

24.-26.Mai CAMPLEITERIN- NENSEMINAR

INFOS u. ANMELDUNG: mittels Postkarte oder Anruf im Wiener Büro (Tel.: 0222/53 59 108): SCI; Schottengasse 3A/1/59, 1010 Wien

UNI GRAZ, HS H

Do.23.05.19h30: TSCHERNOBYL - Bedrohung ohne Ende? Vortrag, Film und Diskussion mit Igor Schkljarewski (sowj. Staatspreis für Literatur 1987; Vorsitzender der ökolog. Bewegung "Augen der Erde")

Einige
tliche
WR
reich
iniert

DO 23. Mai '91
9.00 h Hofburg

Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeböten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Treffen:

NEU: jeden Dienstag(!) um 19 Uhr im KÄPU (Kapuzinerstraße 36)

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

Köln in der Ex-NR: Ein Bild sagt mehr als tausend Worte.

HINWEIS: redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. Es versteht sich von selbst, daß nicht redaktionell gekennzeichnete Artikel, Beiträge, usw. nicht unbedingt die Meinung der Zeitungsredaktion, des Zeitungskollektivs wiedergeben.

...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Herrmann (Grünangergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner-torpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** * unser Laden (Apostelgasse 17) ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozsigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Café Ultimatum (Dreiheiligenstraße 9) **SCHWERTBERG (OO):** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand März 1991

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

